

Melcher, Reinhold

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

I'm still here. Elektorale Erfolgsbedingungen der NPD in Gemeinden Sachsens

Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Melcher, Reinhold (2018) : I'm still here. Elektorale Erfolgsbedingungen der NPD in Gemeinden Sachsens, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, ISSN 1865-2654, Springer, Wiesbaden, Vol. 12, Iss. 2, pp. 365-397, <https://doi.org/10.1007/s12286-018-0383-z>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225977>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

I'm still here

Elektorale Erfolgsbedingungen der NPD in Gemeinden Sachsens

Reinhold Melcher

R. Melcher

Abteilung Demokratie und Demokratisierung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Deutschland
E-Mail: Reinhold.Melcher@wzb.eu

R. Melcher

Institut für Politikwissenschaft, Lehrgebiet Politikwissenschaft I: Staat und Regieren, FernUniversität in Hagen, Universitätsstraße 33, 58097 Hagen, Deutschland

Zusammenfassung

Aufgrund des rasanten Aufstiegs der AfD wird der NPD sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Forschung mittlerweile nur noch selten Aufmerksamkeit zuteil. Häufig vernachlässigt wird allerdings, dass die NPD auf Gemeindeebene nach wie vor vertreten und auch elektoral erfolgreich ist. Jedoch nicht überall gleichermaßen. Auf Basis eines most-similar-case-designs untersucht der Beitrag daher die Erfolgsbedingungen der NPD in sächsischen Gemeinden zur Bundestagswahl 2013. Unter Verwendung von Aggregatdaten von 438 sächsischen Gemeinden und mittels räumlicher Fehlermodelle werden insgesamt 14 Hypothesen getestet, die drei Gruppen von Erklärungsfaktoren entstammen: kulturelle demand-side, materialistische demand-side sowie interne supply-side-Faktoren. Die empirischen Analysen zeigen, dass kulturelle Erklärungsfaktoren den Stimmenanteil der NPD am stärksten beeinflussen, wohingegen die Wirkung materialistischer Gemeindefaktoren durch Drittvariablen konditioniert wird. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die NPD im Wesentlichen von günstigen kommunalen Rahmenbedingungen profitiert und nur im begrenzten Maße Einfluss auf den eigenen Wahlerfolg nehmen kann.

Schlüsselwörter

Rechtsextremer Wahlerfolg – NPD – Sachsen – Gemeinden – Räumliches Fehlermodell

I'm still here

Conditions of electoral success of the National Democratic Party of Germany in Saxon municipalities

Abstract

Owing to the rapid rise of the Alternative for Germany (AfD), the public and academia seldom turn their attention to the National Democratic Party of Germany (NPD) anymore. The fact that the NPD has maintained its electoral support and continues to be represented at the municipal level is frequently neglected, however. This does not apply to the same extent to all municipalities, though. Based on a most-similar-case-design, the article analyzes the conditions of the NPD's electoral success in Saxon municipalities in the 2013 German federal elections. Using macro data on 438 Saxon municipalities and applying spatial errors models, the analysis tests 14 hypotheses. These hypotheses were derived from three groups of factors: cultural demand-side, materialistic demand-side and internal supply-side variables. The results indicate that cultural factors have the strongest impact on the NPD's electoral success in Saxon municipalities, whereas the effect size of materialistic factors is conditioned by other variables. Overall, the findings illustrate that the NPD largely benefits from favorable contextual conditions at the municipal level. The party's ability to influence its electoral success itself are limited, however.

Keywords

Right-wing extremist parties – NPD – National Democratic Party of Germany – Electoral success – Saxony – Municipalities – Spatial error model

1. Einleitung

Bereits vor der Flüchtlingskrise und den jüngsten Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in weiten Teilen Europas feierten Parteien am (äußersten) rechten Rand des politischen Spektrums elektorale Erfolge.¹ Im Osten Deutschlands war dies vor dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) vor allem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Auch wenn das Bundesverfassungsgericht am 17.01.2017 urteilte, dass die NPD in naher Zukunft faktisch nicht in der Lage sein wird, ihre „[...] verfassungswidrigen Ziele [...] mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln [zu erreichen]“², so bleibt sie in vielen ostdeutschen Gemeinden ein einflussreicher politischer Akteur. Betrachtet man die Entwicklung der Wahlerfolge der NPD in den neuen Bundesländern nach 2000, so nimmt Sachsen in dieser Hinsicht eine Sonderrolle ein. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern gelang es der NPD nur hier bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen vergleichsweise hohe Stimmenanteile auf Gemeindeebene zu erzielen. Doch der elektorale Erfolg ist der NPD nicht in allen sächsischen Kommunen sicher. In Abb. 1 wird der erzielte Zweitstimmenanteil der NPD in den

¹ In Anlehnung an Mudde (2007, S. 49) wird zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien unterschieden. Die NPD ist demnach eine klassisch rechtsextreme und die AfD eine rechtspopulistische Partei.

² BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017- 2 BvB 1/13 – Rn. (1-1010).

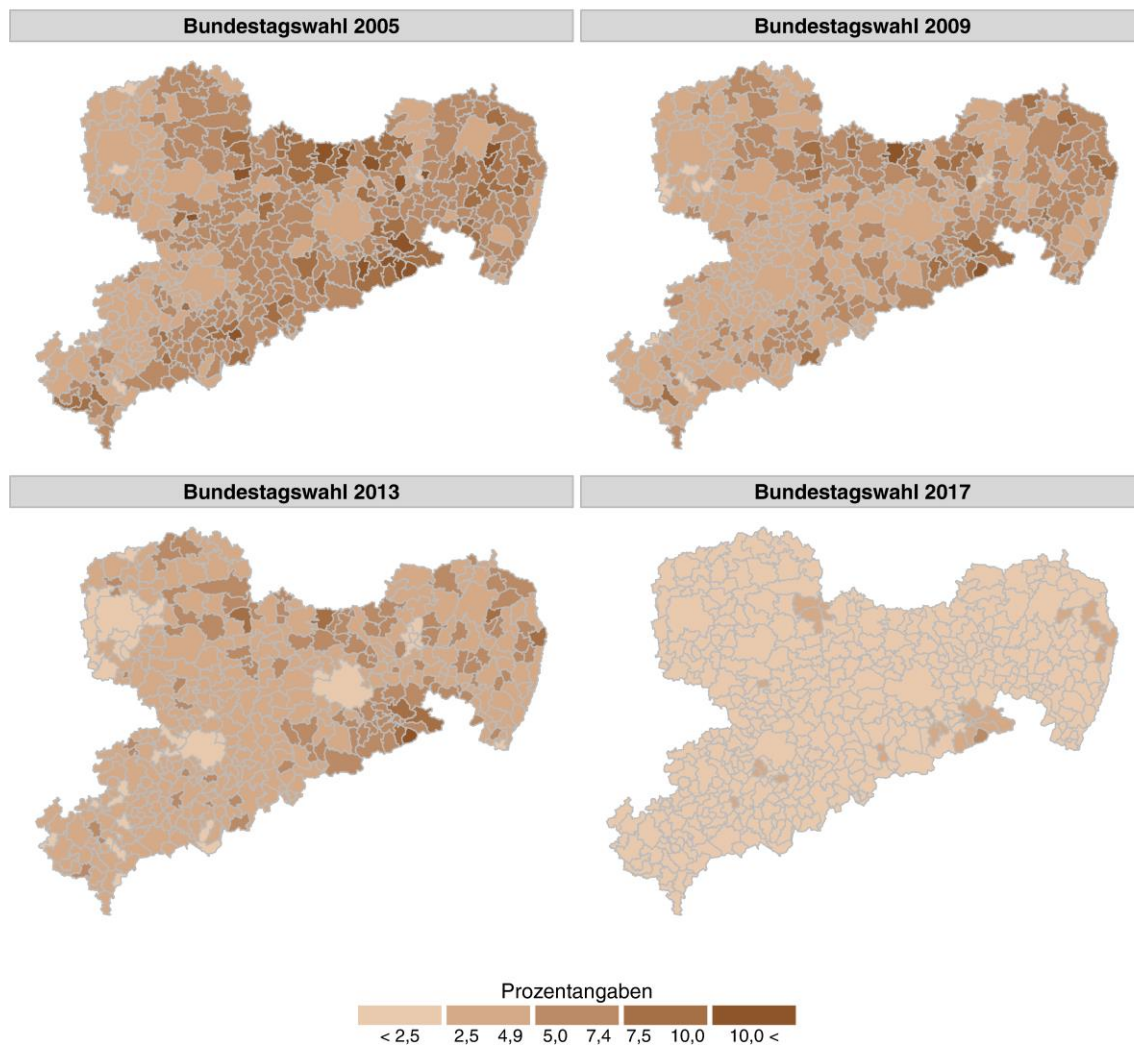


Abb. 1 Zweitstimmenanteil der NPD nach sächsischen Gemeinden und Bundestagswahl. (Eigene Darstellung. Die Daten sind dem Statistischen Landesamt Sachsen entnommen: <http://www.statistik.sachsen.de/> [Zugegriffen am 20.12.2017])

vergangenen vier Bundestagswahlen je sächsische Gemeinde graphisch dargestellt. Grundsätzlich sind zwei Beobachtungen auffällig: Einerseits differiert der Wahlerfolg der NPD zwischen sächsischen Gemeinden. In Reinhardtsdorf-Schöna bspw. erreichte die NPD zur Bundestagswahl 2013 einen Zweitstimmenanteil von 11,1 %. In der Gemeinde Tharandt, die weniger als 60 km von Reinhardtsdorf-Schöna entfernt liegt, lag der Anteil der Zweitstimmen bei lediglich 3,2 %. Andererseits ist die räumliche Verteilung des Erfolgs offenbar – von einem generellen Rückgang der Zweitstimmenanteile zwischen 2005 und 2017 abgesehen – zeitinvariant.³ Es sind zumeist dieselben Gemeinden, in denen die NPD erfolgreich war, was auf eine Kontinuität der Erfolgsbedingungen hindeutet. Erstaunlicherweise existieren nur wenige Untersuchungen, die die diagnostizierten Wahlerfolgsunterschiede erklären könnten (z. B. Spier 2007). Das ist insofern bemerkenswert, als dass die NPD und rechtsex-

³ Gestützt wird dieser Befund durch die hohe Korrelation des Zweitstimmenanteils der NPD zur Bundestagswahl 2017 mit den Anteilen der vorangegangenen Bundestagswahlen, die für 2013 0,69 und für 2009 sowie 2005 0,60 beträgt.

treme Parteien im Allgemeinen gerade auf kommunaler Ebene besonders erfolgreich sind, wohingegen die erzielten Stimmenanteile auf Landes- und Bundesebene zumeist deutlich geringer ausfallen. *Woran liegt es also, dass sich der Wahlerfolg der NPD zwischen sächsischen Gemeinden unterscheidet?* Durch die Beantwortung der Frage wird der aktuelle Forschungsstand zum Wahlerfolg rechtsextremer Parteien auf zwei Ebenen erweitert:

- 1) Die Vernachlässigung der lokalen Ebene hat dazu geführt, dass sich Aussagen zum Einfluss kontextueller Faktoren oft auf Untersuchungen zur nationalen (siehe u. a.: Abedi 2002; Carter L. 2002; Golder 2003a, 2003b; Han 2016; Jackman und Volpert 1996) oder regionalen Ebene (siehe u. a.: Chapin 1997; Coffé 2005; Jesuit et al. 2009; Kestilä und Söderlund 2007b; Minkenberg und Perrineau 2007) stützen. Problematisch daran ist, dass die theoretischen Argumente zur Begründung der Kontexteffekte aufgrund der weiträumlichen Ausdehnung moderner Flächenstaaten und deren subnationaler Regionen nicht immer haltbar sind (Mudde 2007, S. 201). Die empirische Überprüfung kontextueller Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien auf Basis der regionalen und nationalen Ebene ist daher unzureichend. Aus diesem Grund bietet eine Untersuchung auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, zentrale Annahmen zu kontextuellen Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien theorieadäquater zu testen.
- 2) Studien, die explizit den Einfluss des kommunalen Kontexts auf den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien empirisch untersuchen, liegen zudem fast ausschließlich für den außerdeutschen Kontext vor (siehe u. a.: Coffé et al. 2007; Fitzgerald und Lawrence 2011; Kestilä und Söderlund 2007a; Rydgren und Ruth 2011, 2013; van der Waal et al. 2013). Für Deutschland beschränkt sich die empirische Befundlage dagegen auf Kreise und Wahlkreise (siehe u. a.: Dülmer und Klein 2005; Dülmer und Ohr 2008; Richter und Bösch 2017; Teney 2012), deren räumliche Ausdehnung im Vergleich zu Gemeinden, insbesondere in Ostdeutschland, größer ist. Kleinräumige Analysen auf Gemeindeebene sind deutlich seltener, weshalb der vorliegende Artikel einen ersten Schritt darstellt, diese Forschungslücke zu schließen.

Der Hauptteil des Artikels teilt sich in drei Abschnitte auf. In Abschn. 2 wird der Forschungsstand dargestellt, aus dem die Erklärungsfaktoren und die Hypothesen abgeleitet werden. Das dritte Kapitel widmet sich der Erläuterung der verwendeten Methoden sowie der Darstellung der Datenbasis und Operationalisierung. Die Darstellung der empirischen Tests erfolgt dann im vierten Kapitel, um anschließend im Fazit die empirischen Befunde in den Forschungsstand einzuordnen und einen Ausblick auf Anschlussuntersuchungen zu geben.

2. Forschungsstand und Hypothesen

Um die Unterschiede im Wahlerfolg der NPD zu begründen, wird bei der Diskussion der theoretischen Annahmen auf ein Mehrebenen-Erklärungsmodell der Mikro- und

Makroebene rekurriert.⁴ Grundsätzlich ist ein Zusammenhang zwischen zwei Makrofaktoren auf drei mögliche Wirkungsweisen zurückzuführen: Kompositions-, Kontext- sowie Cross-Level-Interaktionseffekte (Arzheimer und Carter L. 2009, S. 343). Von Kompositionseffekten ist dann die Rede, wenn sich aufgrund der Zusammensetzung der Individualcharakteristika ein Zusammenhang der Individualebene (Personen) auch im Aggregat (z. B. Staaten oder Gemeinden) zeigt. Bei einem Kontexteffekt beeinflusst dagegen ein erklärender Makrofaktor (z. B. Arbeitslosigkeit) zuvor ein Individualmerkmal (z. B. Wahlentscheidung), bevor sich die Einflussnahme am zu erklärenden Makrofaktor (z. B. Stimmenanteil) im Aggregat zeigt. Noch komplexer sind Cross-Level-Interaktionen, bei denen im Gegensatz zum Kontexteffekt der Einfluss des erklärenden Makrofaktors auf ein Individualmerkmal durch ein zweites Individualmerkmal konditioniert ist. Im Folgenden werden die theoretischen Annahmen vor dem Hintergrund dieser drei Mechanismen diskutiert.

In der Rechtsextremismusforschung werden aufbauend auf Eatwell (2003) demand-side- und supply-side-Faktoren unterschieden, wobei die letztere Gruppe nach Mudde (2007, S. 202) zwei Dimensionen – interne sowie externe supply-side-Erklärungen – aufweist. Im Anschluss an den Forschungsstand ergeben sich somit drei Gruppen von Erklärungsfaktoren:

- 1) Unter demand-side-Erklärungen werden Faktoren verstanden, die beim Vorhandensein eines entsprechenden Parteiangebots den Erfolg rechtsextremer Parteien begünstigen (breeding ground). Eatwell (2003) fasst darunter im Wesentlichen sozioökonomische Faktoren. Davon abweichend werden demand-side-Faktoren im vorliegenden Aufsatz nochmals in zwei Untergruppen von Faktoren unterteilt, die stärker auf spezifische Aspekte der Erfolgsbegünstigung fokussieren: materialistische sowie kulturelle Erklärungsfaktoren. Unter *materialistischen Erklärungsfaktoren* subsumieren sich im Folgenden jene Makrofaktoren, die materielle Verlust- und Existenzängste der Bürger befördern und dadurch den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien wahrscheinlicher machen. Die Verlustangst kann sich dabei auf materielle Güter wie z. B. Arbeitsplätze, Sozialleistungen oder Privateigentum (Blumer 1958, S. 4), den sozialen Status oder auch die eigene körperlicher Unversehrtheit beziehen. Kommunale Arbeitslosigkeit bspw. affiziert bei subjektiv Deprivierten Angst vor dem eigenen Statusverlust (siehe auch den Abschnitt zur Arbeitslosigkeit) und bildet damit den Ausgangspunkt für Gruppenkonflikte, die letztlich die Wahl rechtsextremer Parteien begünstigen. *Kulturelle Erklärungsfaktoren* heben demgegenüber stärker auf Makrofaktoren ab, die die kulturellen Wertorientierungen der Bürger (Schwartz 2006, S. 138–139) und infolgedessen die Wahl rechtsextremer Parteien beeinflussen (Kontexteffekt) oder Ausdruck bestimmter Wert-

⁴ Obgleich die theoretische Begründung beide Ebenen umfasst, kann die eigentliche Untersuchung aufgrund fehlender Umfragedaten nur auf der Makroebene erfolgen (siehe Abschn. 3 und 4). Makrodaten haben allerdings gegenüber Umfragedaten den Vorteil, dass die bekannten Probleme von Umfragen wie soziale Erwünschtheit (Hooghe und Reeskens 2007, S. 184), nicht wahrheitsgemäße Antworten oder Item-Nonresponse (Stöss 2009), die vor allem bei der Untersuchung rechtsextremer Parteien zu starken Verzerrungen führen können, nicht auftreten.

orientierungen sind (Kompositionseffekt).⁵ Dazu zählen insbesondere (sozio-)kulturelle und sozialstrukturelle Faktoren, denen milieu- und intergruppenkontakttheoretische Narrative zur Erklärung rechtsextremer Wahlerfolge zugrunde liegen. Ein hoher Ausländeranteil bspw. erhöht auch die Kontaktwahrscheinlichkeit der Bürger zu Ausländern und fördert gemäß der Intergruppenkontakttheorie kulturelle Offenheit, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit verringert, eine rechtsextreme Partei zu wählen (siehe auch das Unterkapitel zur Immigration).

- 2) Interne supply-side-Erklärungen nehmen dagegen die rechtsextreme Partei, deren Programmatik sowie deren inhaltliches Angebot stärker in den Blick. Im Kern geht es um die Frage, was rechtsextreme Parteien selbst tun, um elektoralen Erfolg zu erzielen. Interne supply-side-Erklärungen repräsentieren damit *angebotsseitige Erklärungsfaktoren* und das Handeln rechtsextremer Parteien selbst.
- 3) Die letzte Gruppe – externe supply-side-Erklärungen – umfasst Faktoren der politischen Opportunitätsstruktur, d. h. in erster Linie politische Rahmenbedingungen, auf die rechtsextreme Parteien keinen Einfluss haben, die sich aber begünstigend auf den Wahlerfolg auswirken können. Dazu zählen u. a. der politische Kontext oder auch das institutionelle Setting wie bspw. das Wahlsystem. Aufgrund des Studiendesigns werden externe supply-side-Faktoren allerdings konstant gehalten, weswegen sie bei der Wiedergabe des Forschungsstandes und der Hypothesenentwicklung nicht berücksichtigt werden.

Zur Systematisierung des Forschungsstandes und der Hypothesen werden somit im Folgenden drei Gruppen von Erklärungsfaktoren diskutiert: materialistische demand-side-, kulturelle demand-side- sowie interne supply-side-Faktoren.

2.1. Materialistische demand-side-Faktoren

2.1.1. Arbeitslosigkeit als „breeding ground“

Dass Menschen ohne Arbeit mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit rechtsextreme Parteien wählen als Erwerbstätige, gehört zu den am besten dokumentierten Befunden der Rechtsextremismusforschung (siehe z. B. Arzheimer 2009a, S. 23–25, 2009b, S. 268–270; Billiet 1995, S. 317; Dülmer und Klein 2005, S. 250; Dülmer und Ohr 2008, S. 507; Ford und Goodwin 2010, S. 14; Lubbers et al. 2002, S. 362; Lubbers und Scheepers 2000, S. 75, 2001, S. 440, 2002, S. 130; Pokorny 2012, S. 139–140; Rink et al. 2009, S. 418). Theoretisch lässt sich der Zusammenhang damit erklären, dass sich gesellschaftliche Gruppen wie Arbeitslose im Vergleich zu anderen Gruppen benachteiligt und relativ depriviert (Runciman 1966, S. 10) fühlen. Die Deprivation kann auf objektiven Kriterien wie einem sehr geringen Einkommen oder tatsächlicher Arbeitslosigkeit beruhen, aber auch nur auf der subjektiven Wahrnehmung von Benachteiligung (Rippl und Baier 2005, S. 646–647). Dabei steht nicht die individuelle Deprivationserfahrung des Einzelnen, sondern die

⁵ Dieser Kulturbegriff ist damit deutlich weiter gefasst und grundlegender als der politische Kulturbegriff, der sich im Wesentlichen über die Einstellungen der Bürger zu Objekten des politischen Systems definiert (Almond und Verba 1963).

kollektive Deprivation der Eigengruppe relativ zu einer gesellschaftlichen Fremdgruppe im Vordergrund (Rippl und Baier 2005, S. 645–646). Kollektive Deprivation (Walker und Pettigrew 1984, S. 302–304) führt zu einem Gruppenkonflikt um Arbeitsplätze und um Stuserhalt, wobei Mitglieder der Eigengruppe sich im Vergleich zu Mitgliedern der Fremdgruppe benachteiligt und in ihrem gesellschaftlichen Status bedroht fühlen. Die Fremdgruppe kann dabei nach unterschiedlichen Kriterien wie der Hautfarbe oder der Nationalität bestimmt sein (Blumer 1958, S. 6). Gemäß der Modernisierungsverlierer-Theorie führen derartige Deprivationserfahrungen zur Herausbildung rechtsaffiner Einstellungsdispositionen, die die Wahrscheinlichkeit rechtsextremer Parteiwahl erhöhen, sofern ein entsprechendes Parteiangebot zur Wahl steht (Spier 2010, S. 60). Gleichwohl ist es unerheblich, ob die Besserstellung der bzw. die Gefährdung durch die Fremdgruppe real ist oder nicht. Es genügen die Wahrnehmung und der Eindruck (Arzheimer 2008a, S. 88), dass bspw. Ausländer Arbeitsplätze gefährden oder den gesellschaftlichen Status der Eigengruppe bedrohen, um einen Gruppenkonflikt auszulösen und die Wahl einer rechtsextremen Partei wahrscheinlicher zu machen.

Da Arbeitslose mit höherer Wahrscheinlichkeit rechtsextreme Parteien wählen als Erwerbstätige, sollte in Gemeinden das Verhältnis von Arbeitslosen zu Erwerbstätigen relevant sein. Je mehr Menschen in einer Gemeinde arbeitslos sind, desto größer ist das potenzielle Elektorat rechtsextremer Parteien (Kompositionseffekt). Eine Umgebung mit hoher Arbeitslosigkeit kann aber auch auf Personen Einfluss haben, die nicht arbeitslos und nicht unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sind (Kontexteffekt), da bereits die Wahrnehmung eines *potenziellen* Statusverlustes durch Fremdgruppen einen Gruppenkonflikt auslösen kann. Vor allem jene Personengruppen, die beruflich wenig flexibel sind und sich schlecht an ändernde Lebensbedingungen anpassen können, sollten sich am ehesten durch hohe Arbeitslosigkeit in ihrem gesellschaftlichen Gruppenstatus bedroht fühlen (Scheuch u. Klingemann 1967, S. 25–27). Kontextuell wirkt sich also ein hoher Arbeitslosenanteil nicht auf objektiv Deprivierte wie Arbeitslose aus, sondern vielmehr auf subjektiv Deprivierte, die den Status ihrer Eigengruppe und ihre Arbeitsplätze durch hohe kommunale Arbeitslosigkeit gefährdet sehen (Dülmer und Ohr 2008, S. 496). In der Aggregation sollten sich infolgedessen höhere Stimmenanteile rechtsextremer Parteien zeigen. Ein Kontext mit hoher Arbeitslosigkeit kann die Deprivationserfahrung arbeitsloser Menschen aber auch verstärken und somit zusätzlich die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass rechtsextreme Parteien gewählt werden, womit in diesem Fall ein Cross-Level-Effekt der Arbeitslosigkeit vorliegen würde. Die Wirkung von Arbeitslosigkeit auf den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien kann demnach über einen Kontexteffekt, einen Kompositionseffekt und einen Interaktionseffekt zwischen individueller und kontextueller Arbeitslosigkeit theoretisch begründet werden.

Blickt man in die Empirie, dann konnten nur wenige Studien keinen positiven Effekt des Arbeitslosenanteils feststellen (Chapin 1997, S. 66–67; Jesuit et al. 2009, S. 287–288). In der Mehrheit der Aufsätze wird dagegen – unabhängig von der politischen Ebene – ein starker positiver Zusammenhang zwischen dem Arbeitslosenanteil und dem Wahlerfolg rechtsextremer Parteien nachgewiesen (Golder 2003a, S. 528–530; Jackman und Volpert 1996, S. 524–525; Kestilä und Söderlund 2007b, S. 787; Poznyak et al. 2011, S. 677–678; Rydgren und Ruth 2011, S. 212; Teney

2012, S. 218–220). Während der Nachwendezeit sahen sich viele sächsische Gemeinden z. T. sehr starken sozial- und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen ausgesetzt, die den Abbau ganzer Wirtschaftszweige und den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge hatten. Subjektive und objektive Deprivationserfahrungen könnten daher in Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit zur Herausbildung rechtsaffiner Einstellungsdispositionen geführt haben, von denen die NPD im Parteienwettbewerb möglicherweise profitiert hat:

H1 Je größer die Arbeitslosigkeit in einer Gemeinde, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.⁶

2.1.2. Arbeitslosigkeit und die Wahrnehmung von Statusunterschieden bei Fremdgruppenkontakt

Folgt man der obigen Argumentation, dann sollte die Wirkung kommunaler Arbeitslosigkeit auf subjektiv Deprivierte mit dem Anteil der Fremdgruppenmitglieder variieren. Bei einem hohen Anteil an Fremdgruppenmitgliedern erhöht sich die Wahrscheinlichkeit des Gruppenkontakts, der subjektiv Deprivierte Statusunterschiede zwischen den Gruppen bei hoher Arbeitslosigkeit stärker wahrnehmen lässt – unabhängig davon, ob die Statusunterschiede real sind oder nicht. Dadurch dürften sich subjektiv Deprivierte noch stärker benachteiligt fühlen, weshalb sich rechtsextreme Einstellungsdispositionen leichter herausbilden könnten. Da Ausländer im Zentrum der Fremdgruppenrhetorik der NPD stehen, sollten in Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit und hohem Ausländeranteil subjektiv Deprivierte mit höherer Wahrscheinlichkeit die NPD wählen und hohe Stimmenanteile der NPD wahrscheinlicher werden:

H1i Je größer der Ausländeranteil in einer Gemeinde, desto größer ist der Effekt kommunaler Arbeitslosigkeit auf den Wahlerfolg der NPD.

2.1.3. Arbeitslosigkeit und die Perspektivlosigkeit von Jungwählern

Auch mit der Altersstruktur einer Gemeinde dürfte der Einfluss kommunaler Arbeitslosigkeit auf den Wahlerfolg der NPD variieren. Vorangegangene Untersuchungen deuten darauf hin, dass insbesondere jüngere und ältere Menschen überproportional im Elektorat rechtsextremer Parteien vertreten sind. Als Erklärung dessen wird oft angeführt, dass jüngere und ältere Bürger häufiger soziale Leistungen in Anspruch nehmen würden und deshalb eher dazu neigen, Fremdgruppenmitglieder wie z. B. Ausländer als Konkurrenz zu betrachten (Arzheimer 2008a, S. 113). Im Falle von Jungwählern wird zusätzlich argumentiert, dass der Akt des Wählens weniger ha-

⁶ Arzheimer und Carter L. (2009, S. 343) argumentieren richtigerweise, dass die Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit in Makroanalysen ohne Kontrolle der Individualebene (bspw. durch eine Mehrebenenmodellierung) problematisch ist, da die Einzeleffekte im Aggregat nicht voneinander zu unterscheiden sind. Allerdings ist eine Trennung im Falle des vorliegenden Artikels nicht notwendig, da nur der Gesamteffekt von Interesse ist und alle drei Mechanismen zur selben (durch empirische Studien gestützten) Annahme führen, dass sich Arbeitslosigkeit positiv auf den Wahlerfolg der NPD auswirkt.

itualisiert sei und sich Bindungen an eine Partei erst noch herausbilden müssten (Arzheimer 2008a, S. 112). Ein volatileres Wahlverhalten junger Menschen sei die Folge. Berufliche Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste sollten daher rechtsextreme Programmatik besonders für Jungwähler interessanter und letztlich die Wahl der NPD wahrscheinlicher machen. Ältere Bürger hingegen sind von Arbeitsmarktverwerfungen weniger betroffen, wodurch deren Wahrscheinlichkeit, die NPD zu wählen, nicht durch die Höhe der Arbeitslosigkeit in einer Gemeinde beeinflusst werden sollte. Der Einfluss kommunaler Arbeitslosigkeit auf den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien könnte folglich durch den Anteil junger Menschen in einer Gemeinde konditioniert sein und in Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig junger Altersstruktur größer ausfallen:

H1ii Je größer der Anteil junger Menschen in einer Gemeinde, desto größer ist der Effekt kommunaler Arbeitslosigkeit auf den Wahlerfolg der NPD.

2.1.4. Ökonomische Prosperität und rechtsextremer Wahlerfolg

Eine weitere Ursache für Deprivationserfahrungen und materialistisch motivierte Gruppenkonflikte ist die ökonomische Gesamtsituation einer Gemeinde. Fehlen Finanzmittel für Investitionen, so bleiben Sanierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden, Straßen sowie Investitionen in Freizeit- und Kulturangebote häufig aus. Diese Defizite werden auch durch die Bürger wahrgenommen und führen zu Verunsicherung (Scheuch und Klingemann 1967). Rechtsextreme Parteien greifen diese Verunsicherung programmatisch auf und richten sie inhaltlich gegen Prozesse der Globalisierung und Europäisierung (Kailitz 2004, S. 41; Steglich 2010, S. 238), die für einen Mangel an öffentlichen Geldern verantwortlich gemacht werden. Globalisierung und Europäisierung sollten vor allem in jenen Gemeinden auf Verunsicherung und Ablehnung stoßen, in denen der Gemeindehaushalt tatsächlich prekär und die finanzielle Gesamtsituation schlecht sind (Kontexteffekt).

Die empirischen Studien, die auf kommunaler Ebene den Einfluss des BIP pro Kopf einer Gemeinde auf den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien überprüften, kommen allerdings zu eher widersprüchlichen Befunden. Erwartungsgemäß negativ ist der Effekt der ökonomischen Performanz in schwedischen (Rydgren und Ruth 2011, S. 214) und in deutschen Gemeinden (Teney 2012, S. 218). In belgischen Gemeinden steigt mit größer werdender ökonomischer Performanz dagegen auch der Wahlerfolg rechtsextremer Parteien (Coffé et al. 2007, S. 149; Poznyak et al. 2011, S. 677–678), was für einen positiven Zusammenhang und gegen die obige Annahme spricht. Neuere Befunde weisen tatsächlich darauf hin, dass rechtsextreme Parteien bei wirtschaftlicher Prosperität stärker auf populistische Narrative zurückgreifen, in denen Elitendiffamierung („die da oben“) mit Minderheitenkritik (Migranten, Ausländer, etc.) verbunden wird (Mols und Jetten 2016, S. 288). Damit ließe sich der kontraintuitive Effekt erklären. Für Sachsen ist dennoch die Annahme eines negativen Effekts plausibler, da die NPD globalisierungskritische mit populistischen Narrativen verbindet und somit das Moment der ökonomischen Krise programmatisch dominiert.

In vielen sächsischen Gemeinden ist die Haushaltslage angespannt – bspw. galten 2012 38,5 % der Gemeinden in Sachsen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 2000 € als hochverschuldet (Bogumil et al. 2014, S. 618), worunter auch das Gemeindebild leiden sollte. In Gemeinden mit guter Haushaltslage sollte die Infrastruktur dagegen besser und die Motivation der Einwohner, rechtsextreme Parteien zu wählen, umso geringer sein. Es wird daher erwartet, dass mit abnehmender wirtschaftlicher Performanz der Wahlerfolg der NPD steigt:

H2 Je schlechter die ökonomische Situation einer Gemeinde, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.1.5. Kriminalität und Law-and-Order

Ein zentraler Markenkern rechtsextremer Parteien ist die Bekämpfung von Kriminalität durch die Verschärfung des Strafrechts (Lewis-Beck und Mitchell II 1993, S. 113). Besonders bei jenen Bürgerinnen und Bürgern sollte dieser Aspekt rechtsextremer Programmatik auf Resonanz stoßen, die sich durch Kriminalität bedroht und verunsichert fühlen (Schuermans und Maesschalck 2010, S. 257–258; Swyngedouw 2001, S. 227–228). Damit einhergehend zeigen empirische Untersuchungen zudem, dass Verunsicherung und Bedrohungswahrnehmungen die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen begünstigen (Onraet et al. 2013, S. 796). Das Zusammenspiel aus Bedrohungswahrnehmung, Einstellungsdisposition und der Verfügbarkeit rechtsextremer Programmatik sollte es wahrscheinlicher machen, dass eine rechtsextreme Partei gewählt wird. Für die Makroebene bedeutet das zweierlei. Erstens ist von der subjektiven Kriminalitätswahrnehmung die tatsächliche Kriminalität zu unterscheiden. Trotz einer vergleichsweise geringen objektiven Kriminalitätsrate kann – z. B. aufgrund medialer Berichterstattung – die Bedrohung durch Kriminalität als deutlich höher eingeschätzt werden. Gleichwohl liegt die Vermutung nahe, dass die lokale Berichterstattung auf kleinräumiger Gemeindeebene die tatsächliche Kriminalität weniger verzerrend abbildet, weshalb sich subjektive und objektive Kriminalität weniger stark voneinander unterscheiden sollten. Zweitens sollte für das individuelle (Un-)Sicherheitsempfinden nicht Kriminalität per se, sondern vielmehr jene Delikte entscheidend sein, die die persönliche und materielle Unversehrtheit betreffen. Dazu zählen z. B. Straftaten wie Körperverletzung, Mord, Diebstahl oder Raubüberfälle. Geht man davon aus, dass sich die Kriminalitätswahrnehmung der Bürger und die tatsächliche Kriminalitätsrate nicht wesentlich unterscheiden, dann müssten in Gemeinden mit hoher Kriminalität in den oben genannten Deliktsbereichen auch die Stimmenanteile rechtsextremer Parteien erhöht sein, weil die Bürger aus Furcht vor Verlust des Privateigentums oder aus Angst um die eigene Sicherheit eher geneigt sind, rechtsextreme Parteien zu wählen (Kontexteffekt).

Die empirischen Befunde zum Einfluss der Kriminalitätsrate sind allerdings nicht eindeutig. Studien auf kommunaler Ebene fanden Hinweise auf einen positiven Zusammenhang (Poznyak et al. 2011, S. 677–678; Rydgren und Ruth 2011, S. 217) zwischen der Kriminalität und dem Wahlerfolg rechtsextremer Parteien, aber ebenso Hinweise darauf, dass kein Zusammenhang besteht (Bowyer 2008, S. 617; Coffé et al. 2007, S. 150–151). Für Deutschland liegen noch keine empirisch gesicherten

Erkenntnisse auf Gemeindeebene vor. Die Annahme, dass Kriminalität den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien befördert, ist aber für den sächsischen Kontext plausibel, da die NPD offensiv für eine Verschärfung des Strafrechts wirbt (Steglich 2010, S. 238):

H3 Je größer die Kriminalität in einer Gemeinde, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.1.6. „Grenzen dicht!“ – Kriminalität und Grenznähe

Besonders in Gemeinden an der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze bewirbt die NPD mit dem Slogan „Grenzen dicht!“ die Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Begründet wird die Forderung zumeist damit, grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen zu wollen. Liegt eine Gemeinde geographisch in der Nähe einer EU-Binnengrenze und ist in der Gemeinde die Kriminalität tatsächlich erhöht, könnten die Einwohner eher geneigt sein, der NPD-Programmatik zu folgen. Dabei wäre es unerheblich, ob die Kriminalität aufgrund der Grenznähe erhöht ist oder eine andere Ursache hat. Für die Wahl der NPD würden die Wahrnehmung und der Eindruck eines Zusammenhanges zwischen Grenznähe und Kriminalität genügen. Die Annahme wäre in diesem Fall, dass sich eine hohe Kriminalität besonders in Grenznähe positiv auf den Wahlerfolg der NPD auswirkt:

H3i Je näher eine Gemeinde an den EU-Binnengrenzen liegt, desto größer ist der Effekt von Kriminalität auf den Wahlerfolg der NPD.

2.1.7. Kriminalität gleich Ausländerkriminalität?

Ein wichtiges Motiv in der Law-and-Order-Programmatik der NPD basiert darauf, dass Kriminalität Ausländern zugeschrieben und damit eine zumeist rigorose Zuwanderungspolitik gerechtfertigt wird. Fitzgerald und Corliss (2012, S. 491) konnten nachweisen, dass die Angst vor Kriminalität ein wesentlicher Prädiktor für Vorbehalte gegenüber Ausländern ist. Ist neben der Kriminalität in einer Gemeinde auch der Ausländeranteil erhöht, dann müsste Kriminalität noch stärker mit Ausländern assoziiert und Ressentiments gegenüber selbigen verstärkt sein – unabhängig davon, ob Ausländer bei Straftaten tatsächlich überrepräsentiert sind. Infolgedessen sollten die Forderungen der NPD eher akzeptiert und die Wahl wahrscheinlicher werden. Der Stimmenanteil der NPD müsste in diesem Fall erhöht sein:

H3ii Je größer der Ausländeranteil in einer Gemeinde, desto größer ist der Effekt von Kriminalität auf den Wahlerfolg der NPD.

2.2. Kulturelle demand-side-Faktoren

2.2.1. Immigration: Offenheit durch interkulturellen Kontakt

Unter bestimmten Voraussetzungen wirkt verstärkter Kontakt von Mitgliedern der Mehrheit zu Fremdgruppenmitgliedern wie Ausländern sympathieerzeugend und vorurteilsreduzierend (Williams 1947, S. 15). In der ursprünglichen Fassung der Intergruppenkontaktheorie müssen vier Ausgangsbedingungen gegeben sein, damit der Kontakt zur Fremdgruppe Vorurteile reduziert: Erstens ein gleicher Gruppenstatus; zweitens, dass gleiche Ziele verfolgt werden; drittens, dass die Gruppen untereinander kooperieren und viertens, dass der Kontakt rechtlich nicht eingeschränkt wird (Allport 1954, S. 459–461). Empirische Studien zeigten allerdings, dass nicht alle Bedingungen erfüllt sein müssen, damit Intergruppenkontakt (kulturellen) Ressentiments entgegenwirkt (McLaren 2003, S. 912; Pettigrew 1998, S. 68). Solange die Beziehungen zwischen den Gruppen freundschaftlicher Natur sind, wirkt sich intensiver Kontakt zwischen Fremdgruppe und Mehrheit vorurteilsreduzierend aus (Pettigrew 1998, S. 76; Wagner et al. 2003, S. 24).⁷ Wichtig ist dabei, dass tatsächlich intensive Verbindungen zwischen den Gruppenmitgliedern bestehen; übertragen auf die Gruppe der Ausländer können dies familiäre Bindungen, Freundschaften, Nachbarschafts-, Schul- oder Arbeitsplatzkontakte sein (McLaren 2003, S. 911; Thomsen 2012, S. 173; Wagner et al. 2003, S. 24; Winkler 2003, S. 36). Mit zunehmendem Anteil an Fremdgruppenmitgliedern sollte die Wahrscheinlichkeit intensiver Kontakte zwischen Eigen- und Fremdgruppe in einem räumlich begrenzten Kontext steigen (Kontexteffekt). Dass mit steigendem Ausländeranteil auch die Kontaktwahrscheinlichkeit zwischen Gruppenmitgliedern – in diesem Fall Deutschen und Ausländern – steigt, konnte bereits nachgewiesen werden (Schlueter und Wagner 2008, S. 164; Wagner et al. 2006, S. 385). Es zeigt sich außerdem, dass sowohl die wahrgenommene Bedrohung als auch Xenophobie und Ausländerfeindlichkeit geringer ausfallen, wenn man familiären, schulischen oder freundschaftlichen Kontakt zu Ausländern pflegt (McLaren 2003, S. 928; Schlueter und Wagner 2008, S. 164; Wagner et al. 2003, S. 27–28, 2006, S. 385).

Empirische Studien kommen mehrheitlich zum Ergebnis, dass die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien auf kommunaler Ebene umso geringer sind, je höher der Ausländeranteil ist (Bloom 2013, S. 805; Rydgren und Ruth 2011, S. 219–220; für Nicht-EU-Ausländer siehe: Rydgren und Ruth 2013, S. 724–726). Dem widersprechen allerdings Befunde von Coffé et al. (2007, S. 149–150), die einen positiven Zusammenhang nachweisen konnten. Für einen wahlerfolgsreduzierenden Effekt ist offenbar nicht nur das Niveau des Ausländeranteils relevant, sondern vielmehr auch das Ausmaß an Segregation (van der Waal et al. 2013, S. 765–768). Ein hoher Segregationsgrad vermindert die Wahrscheinlichkeit für positiven Kontakt mit

⁷ Aus diesem Grund besteht zwischen den Hypothesen H1i sowie H3ii und H4 auch kein Widerspruch. Relative Deprivation infolge kommunaler Arbeitslosigkeit (H1i) führt bei intensiverem Kontakt mit der Fremdgruppe zur Wahrnehmung von Statusungleichheit. Im Falle von H3ii ist der (wahrgenommene) Kontakt aufgrund der Kriminalitätsassoziation negativ. In beiden Fällen verstärken sich Ressentiments eher, als sich zu reduzieren.

Ausländern (trotz eines ggf. hohen Ausländeranteils), wovon rechtsextreme Parteien elektoral profitieren. Die fehlende bzw. geringe Segregation in Sachsen legt nahe, dass intensiver Kontakt zwischen Ausländern und Deutschen aufgrund der geringen Kontextgröße wahrscheinlicher wird. Vorurteile und Überfremdungsängste sollten infolgedessen abgebaut werden, womit die Wahrscheinlichkeit sinkt, die NPD zu wählen:

H4 Je größer der Ausländeranteil einer Gemeinde, desto geringer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.2.2. Kulturelle Offenheit urbanisierter Gemeinden

Die Intergruppenkontakttheorie postuliert außerdem, dass eine hohe Urbanisierung mit verstärktem Intergruppenkontakt und kulturellem Austausch einhergeht, der die Ablehnung gegenüber Ausländern reduziert und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien verringert (van der Waal et al. 2013, S. 751). Diese Prämisse ist allerdings von zwei Faktoren abhängig. Der erste Faktor ist abermals der Segregationsgrad der Fremdgruppe in einer Gemeinde. Sind Ausländer von der Mehrheit räumlich getrennt, sind Intergruppenkontakte, die Vorurteile und Ressentiments abbauen, weniger wahrscheinlich (Pettigrew et al. 2010, S. 637–638). Fehlt der mäßigende Einfluss der Intergruppenkontakte, so treten Gruppenkonflikt und Bedrohungsangst in den Vordergrund, was Ausländerfeindlichkeit und Ressentiments schürt und die Wahl rechtsextremer Parteien wahrscheinlicher macht. Empirisch zeigt sich, dass mit steigendem ethnischen Segregationsgrad in Städten auch der Wahlerfolg rechtsextremer Parteien steigt (van der Waal et al. 2013, S. 751). Die Wirkung von Kontakten zwischen Fremdgruppe und Mehrheit ist, zweitens, abhängig vom Grad der kulturellen Offenheit einer Stadt. Ein tolerantes Klima ermöglicht eine leichtere Kontaktaufnahme und -intensivierung mit Mitgliedern der Fremdgruppe. Je offener die kulturelle Atmosphäre und je toleranter die kommunale Umgebung sind, desto wahrscheinlicher sind positive Kontakte, die Vorurteilen entgegenwirken können.

Empirische Studien aus Belgien und Großbritannien kommen zu dem Ergebnis, dass rechtsextreme Parteien in Städten erfolgreicher sind (Coffé et al. 2007, S. 149–150; Schuermans und Maesschalck 2010, S. 249–251). Zwei Gründe sprechen allerdings dafür, dass der Einfluss des Urbanisierungsgrades im Falle Sachsens negativ ist. Die sächsischen Städte zeigen erstens keine Segregation von Ausländern. Das bedeutet, dass Intergruppenkontakt durch Segregation nicht verhindert oder erschwert werden kann. Zweitens ist – zumindest in größeren Städten – davon auszugehen, dass die kulturelle Atmosphäre wesentlich offener und toleranter ist als in kleineren Städten und ländlichen Gebieten, da auch das Kulturangebot und der Anteil an Kulturschaffenden größer ist. Aufgrund dessen wird folgender Zusammenhang angenommen:

H5 Je größer der Urbanisierungsgrad einer Gemeinde, desto geringer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.2.3. Gesellschaftliche Integration und die Bedeutung sozialen Kapitals

Fasst man die Wahl rechtsextremer Parteien als von gesellschaftlichen Normen (Wahl demokratischer Parteien) abweichendes Verhalten auf, dann liegt laut der Desintegrationstheorie (Heitmeyer 1987, 1992; Kornhauser 1960 [1998]) eine der Ursachen der rechtsextremen Parteienwahl in mangelnder sozialer Integration begründet. Soziale Desintegration äußert sich dabei in Isolation, Anomie und Angst (Durkheim 1951 [1897]), wodurch sozial deviante Verhaltensweisen wie die Wahl rechtsextremer Parteien wahrscheinlicher werden (Winkler 1996). Organisationen des intermediären Systems einer Gesellschaft (Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, etc.) vermitteln grundlegende gesellschaftliche Normen und kulturelle Werte an deren Mitglieder, die Desintegration vermeiden und zu normgerechtem Verhalten anleiten (Durkheim 1951 [1897], S. 208–210). Ähnlich argumentiert Putnam mit seinem Konzept des sozialen Kapitals (Putnam et al. 1993; Putnam 2000), worunter er soziale Netzwerke, soziales Vertrauen und Normen (Putnam et al. 1993, S. 167) versteht. Abhängig von dessen Stärke wirkt sich Sozialkapital positiv auf die Effizienz und Handlungskoordination einer Gesellschaft aus (Putnam et al. 1993, S. 167). Esser unterscheidet zwei Arten des sozialen Kapitals: Einerseits das Beziehungskapital, das eine Eigenschaft von Individuen ist, auf der anderen Seite das Systemkapital, das eine Kollektiveigenschaft (Esser 2000, S. 260–261) und für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung ist. Anhand des Systemkapitals lässt sich feststellen, wie stark gesellschaftliche Normen und Werte in der Gemeinde internalisiert (kulturelles Systemkapital) und wie stark deren Bürger miteinander vernetzt sind (strukturelles Systemkapital). Eine starke Normeninternalisierung und Vernetzung der Bürger untereinander wirkt Desintegrationsprozessen und Anomie entgegen. Sozialkapital würde in dieser Lesart die Wahrscheinlichkeit verringern, für eine rechtsextreme Partei zu stimmen (Coffé et al. 2007, S. 145).

Diesem von Putnam als *bridging* bezeichneten Prozess steht allerdings das *bonding* gegenüber (Putnam 2000, S. 357–358). Ist der Zugang exklusiv und die Zusammensetzung der Mitglieder homogen, kann die Mitgliedschaft in Vereinen die Vermittlung liberaler Normen und die soziale Integration auch deutlich erschweren. Der Austausch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen ist dann nicht mehr möglich, weshalb auch illiberale Normen und Wertemuster innerhalb von Vereinen und Organisation kultiviert und reproduziert werden (Putnam 2000, S. 358). Die soziale Vernetzung der Bürger wirkt dann sozialen Desintegrationsprozessen nicht entgegen, sondern fördert sie vielmehr.

In Studien, die die Annahmen des Sozialkapitalkonzepts anhand von Pro-Kopf-Mitgliedschaften in Vereinen pro Gemeinde empirisch überprüften, zeigte sich zwar, dass mit hohem strukturellem Sozialkapital geringere Wahlerfolge rechtsextremer Parteien korrelieren (Coffé et al. 2007, S. 150; Poznyak et al. 2011, S. 678). Veugelers et al. (2015, S. 782–785) können jedoch nachweisen, dass die Art und Zusammensetzung des Vereins bzw. der Organisation darüber entscheidet, ob die Neigung, eine rechtsextreme Partei zu wählen, eher abgeschwächt oder sogar verstärkt wird. Sowohl die theoretischen Annahmen als auch die empirische Befundlage weisen somit auf zwei mögliche Wirkungsweisen mit unterschiedlichen Wirkungsrichtungen

des strukturellen Sozialkapitals hin. Aus diesem Grund sollen zwei konkurrierende Hypothesen getestet werden:

H6a Je größer das strukturelle Sozialkapital einer Gemeinde, desto geringer ist der Wahlerfolg der NPD.

H6b Je größer das strukturelle Sozialkapital einer Gemeinde, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.2.4. Religiöse Immunisierung gegen rechtsextreme Programmatik

Neben der Mitgliedschaft in Vereinen wirkt auch die Zugehörigkeit zum soziomoralischen Milieu der Kirche immunisierend gegenüber rechtsextremen Parteien. In mehreren Studien zeigt sich, dass katholische und evangelische Kirchenmitglieder (Billiet und Witte 1995, S. 313; Coffé 2005, S. 88; Lubbers et al. 2002, S. 362; Lubbers und Scheepers 2002, S. 131; Pokorny 2012, S. 140; Rink et al. 2009, S. 418) mit geringerer Wahrscheinlichkeit rechtsextreme Parteien wählen als Atheisten. Erklärt wird die Wirkung der Kirchenmitgliedschaft über einen milieutheoretischen Ansatz. Soziomoralische Milieus (Lepsius 1993), wie das kirchliche Milieu eines ist, beeinflussen einerseits das Normen- und Wertesystem ihrer Mitglieder dergestalt, dass es gegenüber einer rechtsextremen Ideologie immunisiert (Pokorny 2012, S. 63–64). Die Zugehörigkeit zu kirchlichen Milieus baut andererseits frühzeitig Bindungen zu Parteien mit kirchlichem Hintergrund auf, die relativ stabil sind und Wählervolatilität reduzieren (Arzheimer und Carter 2009, S. 1002; Dülmer und Ohr 2008, S. 493–494; Immerzeel et al. 2013, S. 959).

Für die Makroebene bedeutet das zweierlei. Auf der einen Seite kann die Wirkung eines erhöhten Kirchenmitgliederanteils Wirkung auf jene entfalten, die nicht Teil des religiösen Milieus sind. Kontakte zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern führen zu einem kulturellen Austausch an Normen- und Wertvorstellungen (Pokorny 2012, S. 64). Die größere Durchlässigkeit des religiösen Milieus könnte daher eine relativ breite Öffentlichkeit erreichen und eine Orientierungswirkung auf milieufremde Personen ausüben (Kontexteffekt) (Dülmer und Ohr 2008, S. 494). Empirisch zeigt sich dieser Effekt nur für Westdeutschland und zudem nur für den Katholikenanteil auf Kreisebene (Dülmer und Ohr 2008, S. 510; Pokorny 2012, S. 141). Zweitens wäre es möglich, dass sich der individuelle Effekt der Immunisierung auch aggregiert und somit kompositorisch wirkt (Kompositionseffekt). Wenn Kirchenmitglieder mit geringerer Wahrscheinlichkeit rechtsextreme Parteien wählen als kirchenfremde Personen, dann sollten in Gemeinden mit hohem Kirchenmitgliederanteil (katholisch und evangelisch) die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien geringer sein als in Gemeinden mit geringem Anteil an Kirchenmitgliedern. Auf der Grundlage beider Effekte lässt sich Folgendes annehmen:

H7 Je größer der Anteil der Kirchenmitglieder einer Gemeinde, desto geringer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.2.5. Gender-Gap auf Makroebene?

Männer wählen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit rechtsextreme Parteien als Frauen (Arzheimer 2008b, S. 188–189, 2009b, S. 268–269; Arzheimer und Carter L. 2006, S. 433; Dülmer und Klein 2005, S. 251–253; Dülmer und Ohr 2008, S. 510; Ford und Goodwin 2010, S. 14; Lubbers et al. 2002, S. 363; Lubbers und Scheepers 2000, S. 76, 2001, S. 440, 2002, S. 131; Oesch 2008, S. 360–362; Pokorny 2012, S. 131–132; Rink et al. 2009, S. 418). Dieses Muster zeigt sich unabhängig davon, welcher Kontext untersucht und welches Studiendesign verwendet wurde (Arzheimer 2008b, S. 188–189). Trotz der empirischen Evidenz mangelt es an einer theoretischen Fundierung und einer Erklärung des Geschlechterunterschieds. Als wahrscheinlichste Ursache des sogenannten Gender-Gaps gelten Einstellungsunterschiede zwischen Männern und Frauen. Männer sind demnach autoritärer eingestellt als Frauen, weshalb Männer im Vergleich zu Frauen speziell für die Programmatik rechtsextremer Parteien anfälliger sind. Empirisch zeigt sich, dass sich die Geschlechterunterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit bei Kontrolle geschlechtsspezifischer Einstellungsunterschiede (z. B. bzgl. Ausländerfeindlichkeit oder Einstellung zu Law-and-Order-Politik) zwar stark verringern (Gidengil et al. 2005, S. 1186; Givens 2004, S. 48–49). Dennoch weichen sie so deutlich voneinander ab, dass nach wie vor von einem Gender-Gap zu sprechen ist (Harteveld et al. 2015, S. 123–124; Immerzeel et al. 2015, S. 275–276; Spierings und Zaslove 2015, S. 157).

Ein hoher Männeranteil auf Gemeindeebene könnte einerseits auf eine autoritäre Milieustruktur hindeuten, in der die Programmatik rechtsextremer Parteien besonders auf Resonanz stößt. In Gemeinden mit einer solchen Milieustruktur würde der autoritäre Kontext die Herausbildung rechtsaffiner Einstellungen fördern und die Programmatik der NPD eher auf Zustimmung stoßen (Kontexteffekt). Vor allem in kleinräumlichen Kontexten wie Gemeinden ist andererseits ein Kompositionseffekt plausibel, bei dem Wahlerfolgsunterschiede auf unterschiedliche Geschlechterverteilungen zurückzuführen sind. Gleichsam sollte in beiden Fällen ein hoher Männeranteil mit einem höheren Stimmenanteil der NPD korrelieren. Bereits zur Landtagswahl 2004 in Sachsen zeigte sich, dass die NPD in Gemeinden mit hohem Männeranteil besser abschnitt (Spier 2007, S. 87–88). Aus diesem Grund wird folgende Hypothese angenommen:

H8 Je größer der Männeranteil einer Gemeinde, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.

2.3. Interne supply-side-Faktoren

2.3.1. Die Rolle der NPD vor Ort

Bisher wurde nur aus der Perspektive der Nachfrageseite argumentiert. Nun stellt sich dagegen die Frage, ob auch das kommunale Politikangebot der NPD eine Bedingung für elektoralen Erfolg konstituiert. Im politischen Wettbewerb mit anderen Parteien spielt vor allem das politische Personal der NPD eine wichtige Rolle (Mud-

de 2007, S. 260), um die Sichtbarkeit der Partei vor Ort zu steigern und rechtsextreme Programmatik in der Gemeinde zu verbreiten. Im sächsischen Gemeindekontext eignen sich dafür insbesondere die Gemeindevertretung bzw. der Stadtrat. Die Sitzungen sind öffentlich und bieten daher eine ideale Arena zur ideologischen und parteipolitischen Agitation. Stadtratssitzungen werden zudem nicht selten von lokalen Fernsehsendern übertragen, und auch Zusammenfassungen werden in Lokalzeitungen gedruckt, wodurch die Reichweite der politischen Inhalte zusätzlich gesteigert wird. Ist die NPD nicht im Stadtrat vertreten, kann sie sich nicht an kommunalpolitischen Diskursen beteiligen, was eine geringere Sichtbarkeit im politischen Parteienwettbewerb zur Folge hat. Mehr Stadträte der NPD in der Gemeindevertretung bedeuten daher auch einen größeren Einfluss auf den öffentlichen Diskurs einer Gemeinde. Das führt zu der Annahme, dass der Stimmenanteil der NPD bei Bundestagswahlen umso höher sein müsste, je stärker die NPD im Stadtrat einer Gemeinde vertreten ist:

H9 Je höher die Anzahl an NPD-Abgeordneten in der Gemeindevertretung, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.⁸

Neben der rein personellen Ausgestaltung ist auch die Organisationsstruktur einer rechtsextremen Partei von Bedeutung (Mudde 2007, S. 264). Ein Parteibüro in einer Gemeinde ermöglicht es den Bürgern, Kontakt zu Parteivertretern aufzunehmen und leichter mit rechtsextremen Inhalten in Berührung zu kommen. Zudem vereinfacht ein Parteibüro im Vorfeld einer Wahl die Organisation des Wahlkampfes durch Plakatierung und Infostände. Rechtsextreme Programmatik verbreitet sich dadurch einfacher und führt bei entsprechender Nachfrage zu höheren Stimmenanteilen der NPD. Da die NPD nur in wenigen Gemeinden Sachsens Partei- bzw. Wahlkreisbüros unterhält, ist in diesem Fall eher die Distanz zum nächsten Wahlkreisbüro entscheidend, wobei das Argument dasselbe bleibt. Parteibüros in unmittelbarer Nähe erleichtern die Verbreitung politischer Inhalte und sollten förderlich für den Wahlerfolg der NPD sein:

H10 Je größer die Nähe zum nächsten NPD-Wahlkreisbüro, desto größer ist der Wahlerfolg der NPD.

⁸ Die Anzahl der Abgeordneten in der Gemeindevertretung spiegelt auch den elektoralen Erfolg der NPD bei Gemeinderatswahlen wider, der wiederum durch die anderen Erklärungsfaktoren beeinflusst wird. Bivariate Analysen würden daher den Effekt der Abgeordnetenanzahl überschätzen. Um der Drittvariablenkontrolle Genüge zu leisten, werden deshalb multivariate Regressionsmodelle berechnet, die den reinen Effekt abbilden. Zusätzlich wurden die Modelle auf Multikollinearität und die erklärenden Variablen auf Interkorreliertheit getestet. Verstöße gegen die Modellannahmen waren nicht festzustellen. Siehe auch Abschn. 3.3 und 4.

3. Methodische Umsetzung und grundlegendes Design

3.1. Fallauswahl

Um einen Teil der externen Varianz zu kontrollieren, werden auf Basis eines most-similar-case-designs (Przeworski und Teune 1970) nur sächsische Gemeinden untersucht. Da bereits nachgewiesen wurde, dass institutionelle Faktoren wie bspw. das Wahlsystem (externe supply-side-Erklärungen) den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien beeinflussen (siehe u. a.: Abedi 2002, S. 556; Golder 2003a, S. 532–533; Jackman und Volpert 1996, S. 514–516; Veugelers und Magnan 2005, S. 855–856), hält die Beschränkung auf Sachsen den Einfluss dieser Faktoren konstant.

3.2. Operationalisierung und Datengrundlage

Für die vorliegende Studie wurde ein eigener Datensatz auf Basis von Makrodaten für insgesamt 438 sächsische Gemeinden erstellt. Eine genaue Aufstellung der Datenquellen kann neben deskriptiven Kennzahlen Tab. 3 im Anhang entnommen werden.

Der Wahlerfolg der NPD wird über den erzielten Zweitstimmenanteil pro Gemeinde bei der Bundestagswahl 2013 gemessen. Für diese Operationalisierung sprechen vier Gründe:

- 1) Durch die Verwendung von Bundestagswahlen anstelle von Second-Order-Wahlen (Reif und Schmitt 1980) wird der Einfluss von Second-Order-Election-Effekten wie die erhöhte Protestwahlwahrscheinlichkeit kontrolliert.
- 2) Da die NPD zur Bundestagswahl 2013 per Landesliste in Sachsen angetreten ist, konnte sie auch in allen sächsischen Gemeinden per Zweitstimme gewählt werden. Das bedeutet, dass für alle 438 Gemeinden die Zweitstimmenanteile der NPD verfügbar sind und keine Fehlwerte in der abhängigen Variable auftreten.
- 3) Mit der Zweitstimme wird der Einfluss wahlkreisspezifischer Kandidatensympathien reduziert, da die Zweitstimme an eine Partei und nicht an einen konkreten Kandidaten vergeben wird.
- 4) Für die Bundestagswahl 2013 anstelle der Wahl 2017 spricht, dass mit der AfD eine Partei das politische Parkett betreten hat, die sich seit ihrer Gründung 2013 nicht nur der NPD programmatisch annähert, sondern zunehmend auch das potenzielle Elektorat der NPD bedient. Das zeigt sich u. a. auch an den enormen Zweitstimmenverlusten der NPD beim Vergleich der Bundestagswahlen 2013 und 2017 (siehe Abb. 1). Um Aussagen über die elektoralen Erfolgsbedingungen der NPD zu treffen, ohne dass die Erfolge der AfD selbige verfälscht oder überlagert, werden daher Daten der Bundestagswahl 2013 verwendet, als sich die programmatische Ausrichtung der AfD noch deutlich von der Programmatik der NPD unterschied.

Die Operationalisierung der Arbeitslosigkeit über die Erhebung der Arbeitslosenquote pro Gemeinde war nicht möglich. Zwar sind die absoluten Zahlen zur Anzahl der Arbeitslosen pro Gemeinde über die Bundesagentur für Arbeit verfügbar, aber ab einer Gemeindegröße von unter 15.000 Einwohnern fehlen die jeweiligen Be-

zugsgrößen (Zahl der zivilen Erwerbstätigen plus Zahl der Arbeitslosen), um die Arbeitslosenquote zu berechnen. Alternativ wurde als Bezugsgröße die Anzahl der Einwohner pro Gemeinde im Alter von 18–65 Jahren verwendet, um eine Verfälschung durch Rentner und Minderjährige auszuschließen, da jene Altersgruppen im Regelfall keiner geregelten Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Arbeitslosenquote wurde daher über den Quotienten aus der Anzahl der Arbeitslosen und der Anzahl der Einwohner im Alter von 18–65 Jahren berechnet. Als Indikator für die ökonomische Situation einer Gemeinde wird die Steuereinnahmekraft pro Kopf verwendet. Die Steuereinnahmekraft einer Gemeinde ergibt sich aus der Realsteueraufbringungskraft zuzüglich der Gemeindeanteile an Umsatz- und Einkommenssteuer und bereinigt um die Gewerbesteuerumlage. Je größer die Steuereinnahmekraft in Relation zu Einwohnerzahl ist, desto mehr Gelder stehen der Gemeinde für öffentliche Investitionen zur Verfügung (Straßenbau, kulturelle Einrichtungen, Vereinsförderung etc.). Eine große Steuereinnahmekraft indiziert somit eine finanziell und ökonomisch gut situierte Gemeinde. Die Kriminalität je Gemeinde wird über die Jahreswerte der Kriminalitätsrate für 2012 operationalisiert. In die Kriminalitätsrate fließen Straftatenobergruppen wie z. B. Straftaten gegen das Leben und Diebstahl ein. Eine genauere Erfassung der Straftaten gegen die persönliche und materielle Unversehrtheit ist nicht möglich, da die Daten auf Gemeindeebene nicht vorliegen. Um einen Interaktionsterm aus Kriminalitätsrate und Grenzabstand zu bilden, wurde der Abstand einer Gemeinde zum nächsten Grenzübergang nach Tschechien bzw. Polen bestimmt. Da diese Daten nicht aufbereitet zur Verfügung stehen, wurden sie auf Basis der Gemeindezentroide und der Koordinaten der Grenzübergänge eigenständig berechnet. Zu diesem Zweck kam ein Optimierungsalgorithmus zur Anwendung, der den Abstand eines Gemeindezentroides zum nächstgelegenen Grenzübergang errechnet (für eine graphische Visualisierung des Algorithmus siehe Abb. 3 im Anhang).

Für 2012 und 2013 liegen keine Informationen bzgl. der Ausländerzahlen je Gemeinde vor. Aus diesem Grund wurden die Daten des Zensus 2011 als Näherung verwendet, um die absolute Zahl an Ausländern zu erfassen.⁹ Der Urbanisierungsgrad wird für größere räumliche Einheiten wie Staaten oder Regionen über das Verhältnis von Landbevölkerung zu Stadtbevölkerung bestimmt. Das ist allerdings bei kleinen Gliederungseinheiten wie Gemeinden aufgrund mangelnder Daten nicht praktikabel. Zur Berechnung des Urbanisierungsgrades bei Gemeinden wird stattdessen der Quotient aus der Einwohnerzahl und der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar gebildet, wodurch sich Landwirtschaftsflächen und Waldgebiete nicht verzerrend auf die Maßzahl auswirken können. Das strukturelle Systemkapital wurde über die Dichte an Vereinen gemessen (Deth 2008, S. 160), die als eingetragene Vereine

⁹ Wer als gemeinschaftsfremd wahrgenommen wird, hängt nicht unbedingt von der Staatsbürgerschaft ab. Migrationshintergrund und ethnische Zugehörigkeit spielen bei der kognitiven Grenzziehung zwischen *Wir* und den *Anderen* eine größere Rolle als der rechtliche Status (Biggs und Knauss 2012, S. 634–636; Hjerm 2009, S. 49–51). Es verwundert deshalb auch nicht, dass Personen aus Nicht-EU-Staaten wesentlich stärker auf Ablehnung stoßen als Personen aus EU-Staaten (Fuchs et al. 1993, S. 246–247; Hjerm 2009, S. 56–57; Schuermans und Maesschalck 2010, S. 251–252). Es spielt somit eher die Sichtbarkeit bei der Wahrnehmung einer Bedrohung durch Ausländer eine Rolle als lediglich die rechtliche Zuweisung und statistische Erfassung des Status. Differenzierte Daten zum Migrantenanteil auf Gemeindeebene sind allerdings nicht verfügbar, weshalb der Ausländeranteil als Näherung verwendet werden muss.

(e. V.) im Handelsregister registriert waren. Bei der berechneten Vereinsdichte handelt es sich um einen Näherungswert, der auch entsprechend vorsichtig interpretiert werden sollte. Die gemessene Anzahl der Vereine spiegelt nur offiziell registrierte Vereine wider. Inoffizielle Klubs, Nachbarschaftsvereine oder Stammtische werden nicht erfasst. Die Erhebung des Anteils der Kirchenmitglieder pro Gemeinde erfolgte getrennt nach katholisch und evangelisch auf Basis von Zensusdaten aus dem Jahr 2011. Wie gezeigt wurde, ist der Effekt der Immunisierung bei Katholiken größer als bei evangelischen Kirchenmitgliedern. Deshalb wäre es möglich, dass die Effekte beider Indikatoren unterschiedlich stark ausfallen. Die Verteilung des katholischen Kirchenmitgliederanteils ist rechtsschief und weist mehrere Ausreißer auf, die zu verzerrten Ergebnissen führen können. Aus diesem Grund wird der natürliche Logarithmus des Katholikenanteils anstelle der reinen Anteilswerte verwendet. Für die Operationalisierung des Männeranteils wurden Jahreswerte von 2012 verwendet.

Die Anzahl der NPD-Abgeordneten wurde auf Grundlage der Kommunalwahlergebnisse 2009 ermittelt. Um schließlich die Distanz einer Gemeinde zum nächsten NPD-Wahlkreisbüro zu messen, wurde der optimale Abstand vom Gemeindezentrum zur nächsten Gemeinde mit Wahlkreisbüro bestimmt. Da sich das Alter und die Wahlbeteiligung in vorangegangenen Untersuchungen als erklärungsstarke Prädiktoren erwiesen haben, werden fünf Altersgruppen der wahlberechtigten Bevölkerung sowie die kommunale Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2013 als Kontrollfaktoren in die Analysen aufgenommen. Die klassischen sozioökonomischen Kontrollfaktoren wie Bildung oder Einkommen können aufgrund des Mangels an geeigneten Indikatoren auf Gemeindeebene nicht berücksichtigt werden.

3.3. Methodisches Vorgehen und Analysestrategie

Zwei methodische Aspekte müssen bei der Analyse der erhobenen Daten berücksichtigt werden:

- 1) Ob und wie Signifikanztests und Konfidenzintervalle bei Vollerhebungen zu interpretieren sind, ist in den Sozialwissenschaften nach wie vor strittig (siehe u. a.: Behnke 2005; Berk et al. 1995; Bollen 1995). Bei den empirischen Analysen wird diesbezüglich der Argumentation Broscheids und Gschwends (2005) gefolgt, dass bei der Untersuchung von Kausalprozessen der stochastische Charakter der sozialen Wirklichkeit in Form von Unsicherheit berücksichtigt werden muss. Konfidenzintervalle repräsentieren dieser Interpretation folgend nur das Maß an Unsicherheit der Modellparameterschätzung angesichts von Messfehlern und unberücksichtigten Faktoren, wobei ein Einschluss des Nullwertes hohe Unsicherheit bzgl. der Richtung des Zusammenhanges indiziert. Aufgrund mangelnder Interpretierbarkeit wird daher auch auf die Angabe von Signifikanzniveaus bei den Koeffizienten verzichtet.
- 2) Bei der Berechnung der Modelle ist die räumliche Nähe der Gemeinden zu berücksichtigen. Nachbargemeinden können einander in vielerlei Hinsicht ähnlicher sein als Gemeinden mit größerer Entfernung zueinander (Arzheimer und Carter L. 2009, S. 344). Wird die räumliche Autokorrelation der Residuen bei der Schätzung des Modells nicht berücksichtigt, können verzerrte Parameterschätzer die Folge

sein (Selb 2006, S. 297). Um zu testen, ob die Residuen räumlich korreliert sind, wurde Moran's I (Moran 1950, S. 19–21) für jedes einzelne Modell auf Basis der OLS-Schätzung berechnet (siehe Tab. 1 und 2). Da Moran's I in sämtlichen Modellen signifikant von null verschieden und folglich von räumlicher Autokorrelation auszugehen ist, werden anstelle der OLS-Regression räumliche Fehlermodelle geschätzt.

Die Hypothesen werden in mehreren Schritten getestet. Im ersten Schritt werden Einzelmodelle für alle inhaltlichen Erklärungsfaktoren berechnet, um Aussagen zu den bivariaten Zusammenhängen zu treffen. Als Nächstes werden nach Gruppen von Erklärungsfaktoren getrennte Regressionsmodelle und anschließend das vollständige Modell mit Kontrollvariablen geschätzt. Im letzten Schritt werden vier separate Modelle mit jeweils einem Interaktionsterm und ein vollständiges Modell mit Kontrollfaktoren und sämtlichen Interaktionstermen berechnet. Um die Effektstärke der Regressionskoeffizienten innerhalb und zwischen den Modellen vergleichen zu können, wurden zuvor alle Variablen z-standardisiert.

4. Ergebnisse

Die Ergebnisse der Einzelmodelle sind der ersten Spalte von Tab. 1 zu entnehmen. Gemäß den Einzelmodellen spielen materialistische Erklärungsfaktoren (H1–H3) für den Wahlerfolg der NPD keine Rolle. Die Regressionskoeffizienten liegen nahe am Nullwert und die Konfidenzintervalle schließen selbigen ein. Anders verhält es sich mit den kulturellen Erklärungsfaktoren (H4–H8), die deutlich von null verschieden sind. Übereinstimmend mit den Erwartungen gehen stärkere Ausprägungen des Ausländeranteils, der Bevölkerungsdichte, der Vereinsdichte (H6a) sowie des Katholikenanteils mit einem geringen Zweitstimmenanteil der NPD einher. Positiv korreliert ist dagegen der Männeranteil (H8), der gemessen an allen Erklärungsfaktoren zudem den stärksten Einfluss zu haben scheint. Der Koeffizient des evangelischen Kirchenmitgliederanteils weist im bivariaten Test – entgegen H7 – auf einen positiven Zusammenhang hin. Gemischte Befunde zeigen sich für Erklärungsfaktoren der Angebotsseite. Während in Übereinstimmung mit H8 eine größere Anzahl an NPD-Stadträten in der Gemeindevertretung mit einem größeren Zweitstimmenanteil der NPD einhergeht, scheint der Wahlerfolg mit zunehmender Nähe einer Gemeinde zum nächsten Wahlkreisbüro der NPD abzunehmen.

In den Modellen 1–3 wurde anschließend überprüft, ob die bivariaten Zusammenhänge im multivariaten Test mit Faktoren der gleichen Erklärungsgruppe bestehen bleiben. Nach wie vor keinen Effekt haben materialistische Erklärungsfaktoren (Modell 1). Bemerkenswert ist allerdings, dass die Distanz einer Gemeinde zur polnischen bzw. tschechischen Grenze einen eigenständigen und vergleichsweise starken Einfluss hat: Mit zunehmendem Abstand zur innereuropäischen Grenze verringert sich der Zweitstimmenanteil der NPD. Größere Änderungen ergeben sich im Falle der kulturellen Erklärungsfaktoren (Modell 2). Im gemeinsamen Modell verlieren der Ausländeranteil, der Anteil evangelischer Kirchenmitglieder und die Vereinsdichte so stark an Erklärungskraft, dass die Koeffizienten kaum mehr von null zu

Tab. 1 Räumliche Fehlermodelle ohne Interaktionsterm

	Einzelmodelle	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Arbeitslosenanteil	0,01 (-0,08; 0,11)	0,04 (-0,07; 0,15)	–	–	0,26 (0,15; 0,37)
Steuereinnahmekraft	-0,04 (-0,13; 0,05)	-0,01 (-0,10; 0,09)	–	–	-0,04 (-0,12; 0,04)
Kriminalitätsrate	0,00 (-0,09; 0,10)	0,01 (-0,10; 0,12)	–	–	0,06 (-0,05; 0,16)
Grenzdistanz	-0,18 (-0,27; -0,09)	-0,19 (-0,28; -0,09)	–	–	-0,36 (-0,47; -0,26)
Ausländeranteil	-0,11 (-0,20; -0,01)	–	0,05 (-0,05; 0,15)	–	-0,09 (-0,18; 0,01)
Urbanisierungsgrad	-0,28 (-0,37; -0,19)	–	-0,14 (-0,25; -0,03)	–	-0,20 (-0,33; -0,08)
Anteil evangelischer Kirchenmitglieder	0,14 (0,05; 0,24)	–	0,04 (-0,06; 0,14)	–	-0,07 (-0,19; 0,05)
Anteil katholischer Kirchenmitglieder	-0,13 (-0,22; -0,03)	–	-0,11 (-0,21; -0,02)	–	-0,21 (-0,31; -0,12)
Vereinsdichte	-0,13 (-0,23; -0,04)	–	-0,05 (-0,14; 0,05)	–	-0,09 (-0,17; -0,01)
Männeranteil	0,34 (0,25; 0,43)	–	0,26 (0,15; 0,36)	–	0,26 (0,15; 0,37)
Sitze der NPD im Gemeinderat	0,14 (0,05; 0,23)	–	–	0,15 (0,06; 0,25)	0,28 (0,19; 0,37)
Distanz zum NPD- Wahlkreisbüro	0,16 (0,07; 0,25)	–	–	0,17 (0,08; 0,26)	-0,03 (-0,13; 0,07)
Wahlbeteiligung	–	–	–	–	-0,07 (-0,14; 0,01)
Anteil 18- bis 29- Jähriger	–	–	–	–	-0,07 (-0,17; 0,03)
Anteil 30- bis 39- Jähriger	–	–	–	–	0,12 (0,03; 0,22)
Anteil 40- bis 49- Jähriger	–	–	–	–	0,01 (-0,09; 0,11)
Anteil 50- bis 59- Jähriger	–	–	–	–	0,16 (0,05; 0,27)
Konstante	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
N	438	438	438	438	438
Moran's I (OLS)	–	0,04***	0,04***	0,03***	0,02***
Log Likelihood	–	-612,33	-585,85	-608,88	-524,38
Akaike Informations- kriterium (AIC)	–	1238,67	1189,69	1227,76	1088,76
Maddala R ²	–	0,03	0,14	0,05	0,35

Standardisierte Regressionskoeffizienten

Von null verschiedene Koeffizienten wurden *kursiv* hervorgehoben

In Klammern sind 95-prozentige Konfidenzintervalle abgetragen

Die Angaben zu Moran's I beziehen sich auf die gleichen Modelle mit OLS-Schätzung, wenn die räumliche Autokorrelation der Residuen nicht berücksichtigt wird

Für die Altersvariablen dient der Anteil Über-60-Jähriger und für die Variablen zur Religionsstruktur der Anteil an Konfessionslosen als Referenz

 $p < 0,001$

Ursprünglich erschienen in:

Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 12 (2018), H. 2, S. 386

Tab. 2 Vollständige räumliche Fehlermodelle mit Interaktionsterm (verkürzte Darstellung)

	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8	Modell 9
Arbeitslosigkeit * Ausländeranteil	–0,05 (–0,13, 0,03)	–	–	–	–0,05 (–0,15, 0,05)
Arbeitslosigkeit * Anteil 18- bis 29-Jähriger	–	0,02 (–0,05, 0,10)	–	–	0,07 (–0,02, 0,15)
Kriminalität * Grenzdistanz	–	–	–0,10 (–0,18, –0,03)	–	–0,10 (–0,18, –0,03)
Kriminalität * Ausländeranteil	–	–	–	–0,05 (–0,12, 0,01)	–0,04 (–0,13, 0,05)
Konstante	0,02	–0,01	0,01	0,02	0,05
N	438	438	438	438	438
Moran's I (OLS)	0,02***	0,02***	0,02***	0,02***	0,02***
Log Likelihood	–523,60	–524,21	–520,99	–523,09	–518,54
Akaike Informationskriterium (AIC)	1089,19	1090,41	1083,98	1088,17	1085,07
Maddala R ²	0,36	0,35	0,36	0,36	0,37

Gekürzte Modelldarstellung

Standardisierte Regressionskoeffizienten

Von null verschiedene Koeffizienten wurden *kursiv* hervorgehoben

In Klammern sind 95-prozentige Konfidenzintervalle abgetragen

Die Angaben zu Moran's I beziehen sich auf die gleichen Modelle mit OLS-Schätzung, wenn die räumliche Autokorrelation der Residuen nicht berücksichtigt wird

*** $p < 0,001$

unterscheiden sind. Trotz Konfundierung durch andere kulturelle Erklärungsfaktoren bleiben die Effektstärken des Urbanisierungsgrads, des Katholikenanteils und des Männeranteils weitgehend erhalten, schwächen sich allerdings im Vergleich zu den Einzelmodellen ab. Keine Änderungen ergeben sich für die angebotsseitigen Erklärungsfaktoren (Modell 3). Die ausgewiesenen Modellfitmaße verdeutlichen insgesamt, dass von allen Erklärungsgruppen kulturelle Faktoren den Wahlerfolg der NPD auf kommunaler Ebene am besten erklären.

In Modell 4 wurden schließlich sämtliche Erklärungsfaktoren und Kontrollvariablen in ein vollständiges Modell aufgenommen, um zu testen, ob die konstatierten Effekte auch unter zusätzlicher Kontrolle robust sind. Tatsächlich ergeben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Modellen einige Änderungen. Der Effektkoeffizient des Arbeitslosenanteils steigt auf einen Wert von 0,26, womit der Koeffizient nicht nur deutlich größer als im Einzel- und Gruppenmodell ist, sondern auch H1 bestätigen würde. Die NPD war – unter Berücksichtigung anderer Erklärungsfaktoren – in Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit offenbar erfolgreicher als in Gemeinden mit geringer Arbeitslosigkeit. Die Hypothesen zur ökonomischen Situation (H2) und Kriminalität (H3) können auch auf Basis des vollständigen Modells zurückgewiesen werden, wofür möglicherweise Unterschiede zwischen *wahrgenommener* und *tatsächlicher* Kriminalität bzw. wirtschaftlicher Situation die Ursache sind. Auch im vollständigen Modell bleiben die Effekte des Urbanisierungsgrades, des Katholiken-

sowie des Männeranteils erhalten. Somit gelten H5, H8 und H7 für den Anteil katholischer Kirchenmitglieder als vorläufig bestätigt. Infolge von Suppressionseffekten wird der Einfluss der Vereinsdichte im vollständigen Modell marginal verstärkt. Das negative Vorzeichen indiziert, dass eine größere Vereinsdichte den Wahlerfolg der NPD mindert und daher H6a den Vorzug vor H6b erhält. Der Effekt ist allerdings sehr schwach, weshalb der Zusammenhang auch angesichts von Messunsicherheiten nicht überbewertet werden sollte. Auf Basis des vollständigen Modells können die Hypothesen H5 zum Ausländeranteil und H7 zum Anteil evangelischer Kirchenmitglieder zurückgewiesen werden. Im multivariaten Test zeigt sich für die angebotsseitigen Erklärungsfaktoren, dass der Wahlerfolg der NPD offensichtlich nicht von der Entfernung zum nächsten NPD-Wahlkreisbüro abhängt (H10), sondern vielmehr vom politischen Personal der NPD in der Gemeindevertretung vor Ort (H9). Von den aufgenommenen Kontrollfaktoren beeinflusst nur die Altersstruktur den Zweitstimmanteil der NPD; die Koeffizienten deuten allerdings an, dass der Effekt nichtlinear ist. Erfolgreich war die NPD demnach in Gemeinden mit hohem Anteil an 30- bis 39- und 50- bis 59-Jährigen an der wahlberechtigten Bevölkerung. Unter Berücksichtigung anderer Faktoren hat dagegen die Wahlbeteiligung den Wahlerfolg nicht wesentlich beeinflusst.

Abschließend sollen die Hypothesen der Interaktionseffekte getestet werden. Die Ergebnisse der Berechnungen sind in Tab. 2 abgetragen, wobei die tabellarische Darstellung auf die Koeffizienten der Interaktionsterme verkürzt ist, da sich die Ergebnisse der Haupteffekte nur marginal ändern. Vergleicht man die separaten Modelle 5–8 mit Interaktionsterm, dann wird am niedrigen AIC deutlich, dass Modell 7 mit der Interaktion zwischen Kriminalität und Grenzdistanz am besten zu den Daten passt. Der durch die Grenzdistanz konditionierte Effekt der Kriminalitätsrate hat folglich von den getesteten Interaktionstermen den stärksten Einfluss auf den Zweitstimmenanteil der NPD. Ein Eindruck, der durch die Koeffizienten im gemeinsamen Modell 9 gestützt wird.

Um die Art und Richtung der Interaktionseffekte besser interpretieren zu können, wurden für die Modelle 5–8 konditionale Effektplots erstellt, die in Abb. 2 abgebildet sind. Oben links in Abb. 2 wird der Einfluss der Arbeitslosenquote auf den Wahlerfolg der NPD in Abhängigkeit vom Ausländeranteil graphisch dargestellt. Entgegen H1i verringert ein steigender Ausländeranteil den für den Wahlerfolg der NPD förderlichen Effekt hoher Arbeitslosigkeit, anstatt ihn zu verstärken. Möglicherweise wirkt der häufigere Intergruppenkontakt der durch Deprivationserfahrungen induzierten Herausbildung rechtsaffiner Einstellungen entgegen. Die sich stark verbreiternden und den Nullwert einschließenden Konfidenzintervalle zeigen aber, dass der konditionierte Effekt mit zunehmendem Ausländeranteil unsicherer wird, was nicht zuletzt den geringen Fallzahlen im Bereich höherer Ausländeranteile geschuldet ist. H1i wird folglich abgelehnt. Auch die Grafik oben rechts in Abb. 2 verdeutlicht, dass die Einflussstärke kommunaler Arbeitslosigkeit von Drittfaktoren abhängt. Der positive Effekt steigender Arbeitslosigkeit auf den Wahlerfolg der NPD verstärkt sich in dem Maße, wie der Anteil der 18- bis 29-Jährigen steigt. H1ii wird daher vorläufig akzeptiert. Für die Interaktionshypothesen zum Einfluss von Kriminalität zeigt sich ein heterogenes Bild. Kriminalität wirkt sich offenbar erst in Grenznähe positiv auf den Stimmenanteil der NPD aus (Grafik unten links). Ab ei-

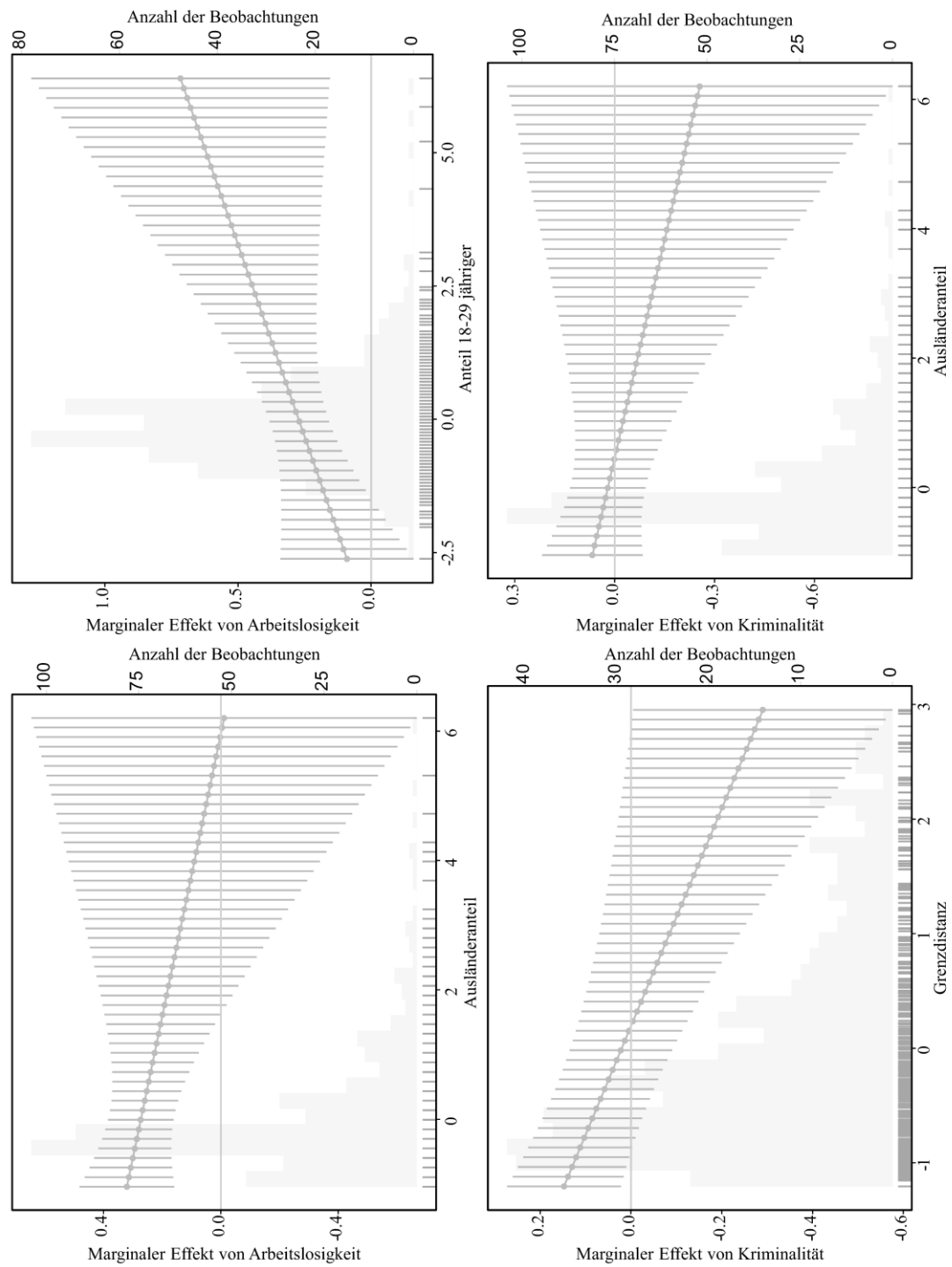


Abb. 2 Konditionale Effektplots auf Basis der Modelle 5–8 (Vertikale Linien kennzeichnen das 95-prozentige Konfidenzintervall)

ner bestimmten Entfernung der Gemeinde zur Grenze nach Polen bzw. Tschechien verliert sich der Effekt und Kriminalität hat keinen Einfluss mehr auf den Wahlerfolg der NPD. H3i kann daher ebenfalls akzeptiert werden. Nicht konditioniert wird der Einfluss der Kriminalitätsrate dagegen durch den Ausländeranteil (Grafik rechts unten), weshalb H3ii zurückgewiesen wird. Durch die Aufnahme sämtlicher Interaktionsterme in Modell 9 wird der Wert des R^2 nach Maddala im Vergleich zu Modell 4 in Tab. 1 nur geringfügig erhöht. Das legt den Schluss nahe, dass die Haupteffekte den Wahlerfolg deutlich stärker beeinflussen als die konditionierten Effekte.

5. Fazit: Culture matters!

Bedingt durch die Wahlerfolge der AfD auf Landes- und mittlerweile Bundesebene hat sich der Fokus der Forschung weg vom parteiförmigen Rechtsextremismus hin zum Rechtspopulismus verschoben. Die NPD ist dessen ungeachtet auf der Ebene der Gemeinden weiterhin erfolgreich und, von Mecklenburg-Vorpommern abgesehen, in keinem anderen Bundesland so sehr wie in Sachsen. Dennoch sind der NPD nicht in allen sächsischen Kommunen gleichermaßen hohe Stimmenanteile sicher. Der Erfolg variiert und ist von Faktoren abhängig, die bisher nur unzureichend untersucht wurden. Nichtsdestoweniger ist die Analyse der Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien gesellschaftlich relevant, hebt doch deren Programmatik per definitionem auf die Überwindung des etablierten politischen Systems ab. Daran anschließend untersuchte der Beitrag, welche Rolle der kommunale Kontext für den Wahlerfolg der NPD in sächsischen Gemeinden spielt, um die konstatierten Unterschiede zu erklären. Die Untersuchung der elektoralen Erfolgsbedingungen der NPD auf lokaler Ebene ermöglicht aber auch Aussagen über das Erstarken der AfD, die zur Bundestagswahl 2017 besonders dort hohe Stimmenanteile erzielte, wo bereits die NPD bei vorangegangenen Bundestagswahlen erfolgreich war (Richter und Bösch 2017, S. 38). Je stärker sich also die AfD programmatisch der NPD annähert und je ähnlicher das Elektorat der AfD den NPD-Wählern wird, umso besser lassen sich die folgenden Befunde zum Einfluss des kommunalen Kontexts auch auf den Wahlerfolg der AfD übertragen.

Die Ergebnisse verdeutlichen,

- 1) dass kulturelle Makrofaktoren, die Einfluss auf die Wertorientierungen der Bürger haben (Kontexteffekt) oder bestimmte Wertorientierungen der Bürger repräsentieren (Kompositionseffekt), für den elektoralen (Miss-)Erfolg der NPD in sächsischen Gemeinden maßgeblich sind. Kulturelle Offenheit und die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Intergruppenkontakt in urbanisierten Gemeinden tragen augenscheinlich dazu bei, dass Ressentiments gegenüber Ausländern und Migranten abgebaut werden. Gleichmaßen wirkt in stark katholisch geprägten Gemeinden die normative Bindungskraft des katholischen Milieus rechtsextremer Programmatik entgegen – deutlich stärker offenbar als dies in vorwiegend evangelisch geprägten Gemeinden der Fall ist. Während der negative Effekt des Katholikenanteils bereits nachgewiesen werden konnte, stehen die Befunde zum Urbanisierungsgrad im Wi-

derspruch zu Ergebnissen vergleichbarer Untersuchungen. Das lässt sich als Indiz dafür deuten, dass die Wirkungsrichtung des Urbanisierungsgrades vom Segregationsgrad und dem Ausmaß kultureller Offenheit einer Gemeinde beeinflusst wird. Dass sich ein hoher Männeranteil begünstigend auf den Stimmenanteil der NPD auswirkt, ist ein überraschender, wenn auch nicht ganz neuer Befund. Das Design der vorliegenden Studie erlaubt es dabei nicht, konkrete Angaben darüber zu machen, ob der Effekt vorwiegend kontextueller oder kompositorischer Natur ist. Im Falle eines Kontexteffekts müssten (qualitative) Anschlussuntersuchungen klären, ob die Annahme einer autoritären Milieustruktur infolge des erhöhten Männeranteils haltbar ist.

- 2) Die Analysen zeigen außerdem, dass materialistische Faktoren als Haupteffekt nur schwach mit dem Wahlerfolg der NPD auf Gemeindeebene assoziiert sind, die Effektstärke aber durch andere Variablen konditioniert wird und dadurch variabel ist. Eine hohe Kriminalitätsrate begünstigt rechtsextreme Wahlerfolge in sächsischen Gemeinden nur dann, wenn die Gemeinde in Grenznähe zu Polen und Tschechien liegt. Außerhalb von Grenzgemeinden hat Kriminalität keinen Effekt. Im Gegensatz dazu bietet hohe kommunale Arbeitslosigkeit auch ohne Konditionierung beste Bedingungen für rechtsextremen Wahlerfolg. Verwerfungen auf dem kommunalen Arbeitsmarkt deprivieren subjektiv und objektiv Betroffene gleichermaßen und ermöglichen es der NPD elektoralen Profit zu schlagen. Das wird umso klarer, wenn man den konditionierenden Effekt der Altersstruktur berücksichtigt. Sind vor allem junge Gemeinden von kommunaler Arbeitslosigkeit betroffen, profitiert die NPD umso stärker von Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst. Arbeitsmarktinvestitionen und der Abbau sozialer Ungleichheit würden somit dazu beitragen, die Stimmenanteile rechtsextremer Parteien zu mindern. Interessanterweise weisen die Ergebnisse darauf hin, dass eine größere Kontaktwahrscheinlichkeit mit Ausländern infolge eines erhöhten Ausländeranteils den Einfluss kommunaler Arbeitslosigkeit kompensiert. Vorsichtig interpretiert bedeutet das: Interkultureller Kontakt mildert möglicherweise die Folgen von durch Arbeitslosigkeit induzierter Deprivation. In diesem Fall würde die Unterstützung von Präventionsprojekten, die den interkulturellen Kontakt zwischen Ausländern und Bürgern fördern, dazu beitragen, rechtsextremen Wahlerfolgen entgegenzuwirken.
- 3) Schließlich deuten die empirischen Analysen an, dass die NPD nur dann wesentlich Einfluss auf den eigenen Wahlerfolg nehmen kann, wenn sie auch personell in einer Gemeinde vertreten ist. Räumliche Nähe zu Wahlkreisbüros allein wirkt sich nicht auf den erzielten Stimmenanteil aus. Somit scheint die NPD vielmehr auf günstige kommunale Rahmenbedingungen angewiesen zu sein, als dass sie vom eigenen politischen Angebot profitieren könnte.

Der vorliegende Beitrag beantwortet nicht nur Fragen, sondern hat auch neue aufgeworfen, die für Anschlussuntersuchungen interessant, auf Basis des verwendeten Designs aber kaum zu beantworten sind. Da eine kausale Interpretation der nachgewiesenen Zusammenhänge auf Makroebene – trotz theoretischer Plausibilisierung – ohne Informationen über die Mikroebene problematisch ist, müssten Untersuchungen zur Wirkung des kommunalen Kontexts zusätzlich mit Individualdaten unterfüttert werden. Solange aber Umfragedaten auf Gemeindeebene nicht verfüg-

bar sind, bleiben Aggregatdatenanalysen über den sächsischen Einzelfall hinaus die einzige Alternative, um die gewonnenen Erkenntnisse auf ein solideres Fundament zu stellen.

Danksagung

Ich möchte den Teilnehmern des Kolloquiums des Lehrgebiet Politikwissenschaft I an der FernUniversität Hagen am 21.01.2015, des Nachwuchspanels der Sektionstagung der Vergleichenden Politikwissenschaft der DVPW am 25.02.2015 in Hamburg sowie der Work-in-Progress-Sitzung der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung am 04.08.2015 in Berlin für die konstruktive Kritik, die sinnvollen Korrekturvorschläge und die motivierenden Worte ganz herzlich danken. Besonderer Dank gilt Viktoria Kaina und Markus Tausendpfund, die mich bereits unterstützt haben, als dieser Aufsatz noch deutlich länger war und zu meiner Masterarbeit werden sollte. Danken möchte ich zudem Laura Rogalski, Arne Carstens und Britta Jurtz für das Korrekturlesen der finalen Manuskriptversion sowie Wiebke Breustedt für das Redigieren der Abstracts. Schließlich danke ich auch den beiden anonymen Reviewern für ihre wohlwollende Kritik und hilfreichen Verbesserungsvorschläge.

Anhang

Tab. 3 Deskriptive Statistiken der verwendeten Variablen. (Die Quellen wurden zuletzt am 23.07.2017 geprüft)

Variablen	MW	SD	Min	Max	Quelle	Stand
Zweitstimmenanteil der NPD (%)	4,11	1,33	1,10	11,10	SLS	22.09.2013
Arbeitslosenquote (%)	6,00	2,24	1,60	14,60	BA	01.09.2013
Steuereinnahmekraft pro Kopf (Euro)	573,90	258,88	262	2989,00	SLS	31.12.2013
Kriminalität je 1000 Einwohner	40,59	28,41	3,00	244,80	LKS	31.12.2012
Grenzdistanz (km)	36,04	29,79	0,10	124,00	BKG	01.01.2013
Ausländeranteil (%)	0,71	0,68	0,00	4,90	Zensus 2011	09.05.2011
Urbanisierungsgrad	13,02	5,71	2,20	39,30	SLS	31.12.2012
Anteil evangelischer Kirchenmitglieder	29,18	12,09	1,40	65,90	Zensus 2011	09.05.2011
Anteil katholischer Kirchenmitglieder	4,02	9,85	0,30	93,00	Zensus 2011	09.05.2011
Vereinsdichte je 1000 Einwohner	4,64	2,38	0,00	22,90	Handelsregister	31.05.2013
Männeranteil (%)	49,56	1,16	46,50	56,10	SLS	31.12.2012
Sitze der NPD im Gemeinderat	0,17	0,45	0	3	SLS	22.09.2013
Distanz zum NPD-Wahlkreisbüro (km)	25,16	18,07	0,00	84,60	SLS	22.09.2013
Wahlbeteiligung (%)	69,70	6,95	51,00	108,20 ^a	SLS	22.09.2013
Anteil 18- bis 29-Jähriger (%)	11,12	1,69	6,70	21,90	SLS	31.12.2012
Anteil 30- bis 39-Jähriger (%)	12,79	1,51	8,00	17,90	SLS	31.12.2012
Anteil 40- bis 49-Jähriger (%)	17,21	1,75	13,10	24,10	SLS	31.12.2012
Anteil 50- bis 59-Jähriger (%)	20,62	1,93	13,90	28,50	SLS	31.12.2012
Anteil Über-60-Jähriger (%)	38,26	3,78	27,90	48,30	SLS	31.12.2012

N ist bei allen Variablen 438

SLS Sächsisches Landesamt für Statistik, *BA* Bundesagentur für Arbeit, *BKG* Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, *LKS* Landeskriminalamt Sachsen, *MW* Mittelwert, *SD* Standardabweichung, *Min* Minimum, *Max* Maximum

^aDie Gemeinde Schöneck/Vogtland führt Briefwahl für mindestens eine weitere Gemeinde durch, weshalb die Zahl der Wähler die Zahl der Wahlberechtigten übersteigt. Die Ergebnisse bleiben auch nach Ausschluss der Gemeinde dieselben

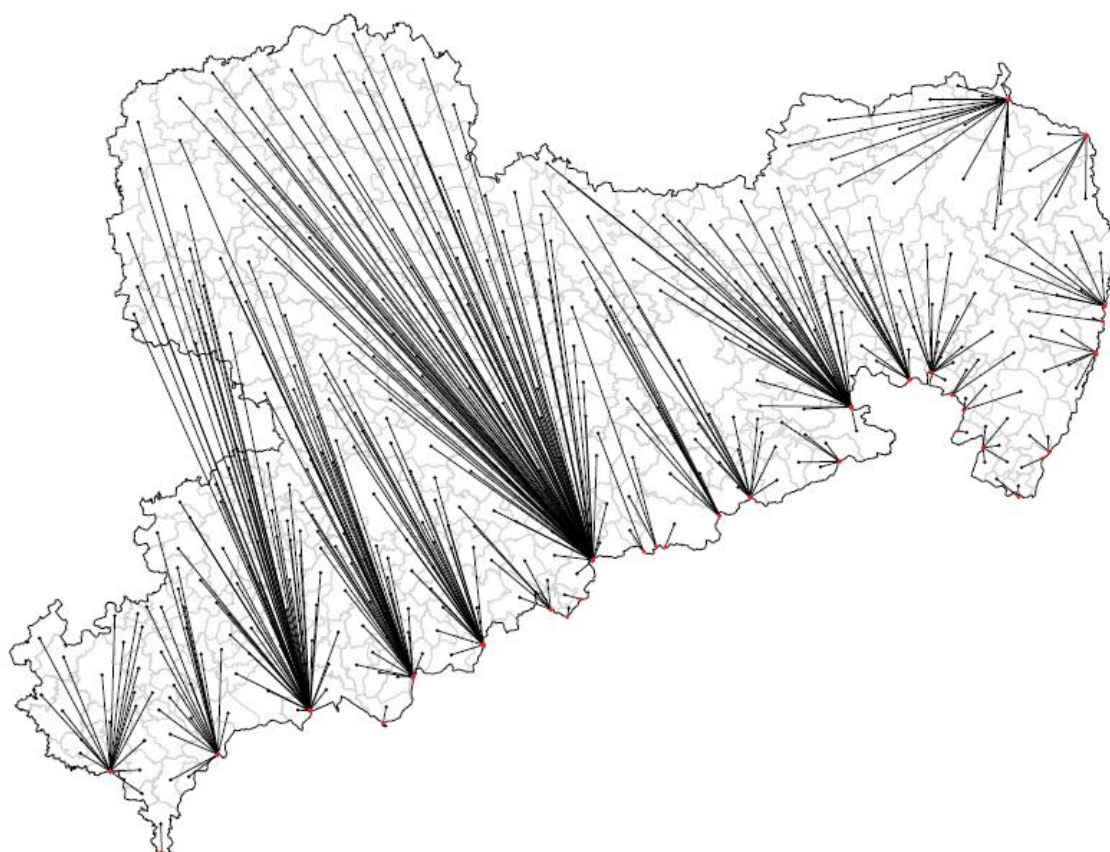


Abb. 3 Graphische Visualisierung des Optimierungsalgorithmus. Die Abbildung zeigt die Entfernung eines Gemeindezentroids (*schwarzer Punkt*) zum nächstgelegenen Grenzübergang (*roter Punkt*). (Eigene Darstellung. Die Raumdaten stammen vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie. Die Informationen zu den 32 Grenzübergängen vom Sächsischen Innenministerium sind unter <http://www.verwaltungsatlas.sachsen.de/13802.htm> verfügbar [Zuletzt geprüft am 27.07.2017])

Literatur

- Abedi, Amir. 2002. Challenges to established parties: the effects of party system features on the electoral fortunes of anti-political-establishment parties. *European Journal of Political Research* 41:551–583.
- Allport, Gordon W. 1954. *The nature of prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley Pub.
- Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The civic culture: political attitudes and democracy in five nations*. Boston: Little, Brown & Company.
- Arzheimer, Kai. 2008a. *Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002*, 1. Aufl., Wiesbaden: VS.
- Arzheimer, Kai. 2008b. Protest, Neo-Liberalism or Anti-Immigrant Sentiment: What Motivates the Voters of the Extreme Right in Western Europe? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2:173–197.
- Arzheimer, Kai. 2009a. Arbeiter, Arbeitslose, Asylbewerber: Die Wahl der Extremen Rechten heute im Lichte der Ergebnisse historischer Wahlforschung. In *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, 1. Aufl., Hrsg. Hanna Kaspar, et al., 15–32. Wiesbaden: VS.
- Arzheimer, Kai. 2009b. Contextual factors and the extreme right vote in Western Europe, 1980–2002. *American Journal of Political Science* 53:259–275.
- Arzheimer, Kai, und Elisabeth Carter. 2006. Political opportunity structures and right-wing extremist party success. *European Journal of Political Research* 45:419–443.
- Arzheimer, Kai, und Elisabeth Carter. 2009. Christian religiosity and voting for West European radical right parties. *West European Politics* 32:985–1011.
- Arzheimer, Kai, und Elisabeth L. Carter. 2009. How (not) to operationalise subnational political opportunity structures: a critique of Kestilä and Söderlund's study of regional elections. *European Journal of Political Research* 48:335–358.

- Behnke, Joachim. 2005. Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? Einige essayistische Anmerkungen. *Politische Vierteljahresschrift* 46:O-1-O-15.
- Berk, Richard A., Bruce Western, und Robert E. Weiss. 1995. Statistical inference for apparent populations. *Sociological Methodology* 25:421–458.
- Biggs, Michael, und Steven Knauss. 2012. Explaining membership in the British national party: a multilevel analysis of contact and threat. *European Sociological Review* 28:633–646.
- Billiet, Jaak B. 1995. Church involvement, ethnocentrism, and voting for a radical right-wing party: diverging behavioral outcomes of equal attitudinal dispositions. *Sociology of Religion* 56:303–326.
- Billiet, Jaak B., und Hans D. Witte. 1995. Attitudinal dispositions to vote for a 'new' extreme right-wing party: The case of 'Vlaams Blok'. *European Journal of Political Research* 27:181–202.
- Bloom, Stephen. 2013. Minority group size, unemployment, and the extreme right vote: the crucial case of Latvia. *Social Science Quarterly* 94:795–810.
- Blumer, Herbert. 1958. Race prejudice as A sense of group position. *Pacific Sociological Review* 1:3–7.
- Bogumil, Jörg, Lars Holtkamp, Martin Junkernheinrich, und Uwe Wagschal. 2014. Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite. *Politische Vierteljahresschrift* 55:614–646.
- Bollen, Kenneth A. 1995. Apparent and nonapparent significance tests. *Sociological Methodology* 25:459–468.
- Bowyer, Benjamin T. 2008. Local context and extreme right support in England: the British National Party in the 2002 and 2003 local elections. *Electoral Studies* 27:611–620.
- Broscheid, Andreas, und Thomas Gschwend. 2005. Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen. *Politische Vierteljahresschrift* 46:16.
- Carter, L. Elisabeth. 2002. Proportional representation and the fortunes of right-wing extremist parties. *West European Politics* 25:125–146.
- Chapin, Wesley D. 1997. Explaining the electoral success of the new right: the German case. *West European Politics* 20:53–72.
- Coffé, Hilde. 2005. Do individual factors explain the different success of the two Belgian extreme right parties. *Acta Politica* 40:74–93.
- Coffé, Hilde, Bruno Heyndels, und Jan Vermeir. 2007. Fertile grounds for extreme right-wing parties: explaining the Vlaams Blok's electoral success. *Electoral Studies* 26:142–155.
- v. Deth, Jan W. 2008. Measuring Social Capital. In *The handbook of social capital*, Hrsg. Dario Castiglione, Jan W. v. Deth, und Guglielmo Wolleb, 150–176. Oxford: University Press.
- Dülmer, Hermann, und Markus Klein. 2005. Extreme right-wing voting in Germany in a multilevel perspective: a rejoinder to Iubbers and Scheepers. *European Journal of Political Research* 44:243–263.
- Dülmer, Hermann, und Dieter Ohr. 2008. Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 49:491–517.
- Durkheim, Émile. 1951. *Suicide. A Study in Sociology*. Glencoe: Free Press.
- Eatwell, Roger. 2003. Ten Theories of the Extreme Right. In *Right-wing Extremism in the Twenty-first Century*, Hrsg. Peter H. Merkl und Leonard Weinberg, 47–74. London: Frank Cass.
- Esser, Hartmut. 2000. *Opportunitäten und Restriktionen*. Soziologie – Spezielle Grundlagen, Bd. 4. Frankfurt, New York: Campus.
- Fitzgerald, Jennifer, und Duncan Lawrence. 2011. Local cohesion and radical right support: the case of the Swiss People's Party. *Electoral Studies* 30:834–847.
- Fitzgerald, Jennifer K.A., Curtis, und Catherine L. Corliss. 2012. Anxious publics. Worries about crime and immigration. *Comparative Political Studies* 45:477–506.
- Ford, Robert, und Matthew J. Goodwin. 2010. Angry white men: individual and contextual predictors of support for the British national party. *Political Studies* 58:1–25.
- Fuchs, Dieter, Jürgen Gerhards, und Edeltraud Roller. 1993. Wir und die anderen. Ethnozentismus in den zwölf Ländern der europäischen Gemeinschaft. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45:238–253.
- Gidengil, Elisabeth, Matthew Hennigar, André Blais, und Neil Nevitte. 2005. Explaining the gender gap in support for the new right. The case of Canada. *Comparative Political Studies* 38:1171–1195.
- Givens, Terri E. 2004. The radical right gender gap. *Comparative Political Studies* 37:30–54.
- Golder, Matt. 2003a. Electoral institutions, unemployment and extreme right parties: a correction. *British Journal of Political Science* 33:525–534.
- Golder, Matt. 2003b. Explaining variation in the success of extreme right parties in western Europe. *Comparative Political Studies* 36:432–466.
- Han, Kyung J. 2016. Income inequality and voting for radical right-wing parties. *Electoral Studies* 42:54–64.

- Harteveld, Eelco, Wouter van der Brug, Stefan Dahlberg, und Andrej Kokkonen. 2015. The gender gap in populist radical-right voting: examining the demand side in Western and Eastern Europe. *Patterns of Prejudice* 49:103–134.
- Heitmeyer, Wilhelm. 1987. *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm. 1992. *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.
- Hjerm, Mikael. 2009. Anti-Immigrant Attitudes and Cross-Municipal Variation in the Proportion of Immigrants. *Acta Sociologica* 52:47–62.
- Hooghe, Marc, und Tim Reeskens. 2007. Are cross-national surveys the best way to study the extreme-right vote in Europe? *Patterns of Prejudice* 41:177–196.
- Immerzeel, Tim, Eva Jaspers, und Marcel Lubbers. 2013. Religion as catalyst or restraint of radical right voting? *West European Politics* 36:946–968.
- Immerzeel, Tim, Hilde Coffé, und Tanja van der Lippe. 2015. Explaining the gender gap in radical right voting: a cross-national investigation in 12 western European countries. *Comparative European Politics* 13:263–286.
- Jackman, Robert W., und Karin Volpert. 1996. Conditions favouring parties of the extreme right in western Europe. *British Journal of Political Science* 26:501–521.
- Jesuit, David K., Piotr R. Paradowski, und Vincent A. Mahler. 2009. Electoral support for extreme right-wing parties: a sub-national analysis of western European elections. *Electoral Studies* 28:279–290.
- Kailitz, Steffen. 2004. *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Kestilä, Elina, und Peter Söderlund. 2007a. Local determinants of radical right-wing voting: the case of the Norwegian progress party. *West European Politics* 30:549–572.
- Kestilä, Elina, und Peter Söderlund. 2007b. Subnational political opportunity structures and the success of the radical right: evidence from the March 2004 regional elections in France. *European Journal of Political Research* 46:773–796.
- Kornhauser, William. 1960. *The politics of mass society*. London: Routledge.
- Lepsius, M.R. 1993. *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen: Ausgewählte Aufsätze*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lewis-Beck, Michael S., und Glenn E. Mitchell II. 1993. French electoral theory: the national front test. *Electoral Studies* 12:112–127.
- Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2000. Individual and contextual characteristics of the German extreme right-wing vote in the 1990s. A test of complementary theories. *European Journal of Political Research* 38:63–94.
- Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2001. Explaining the trend in extreme right-wing voting: Germany 1989–1999. *European Sociological Review* 17:431–449.
- Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2002. French front national voting: a micro and macro perspective. *Ethnic and Racial Studies* 25:120–149.
- Lubbers, Marcel, Mérove Gijsberts, und Peer Scheepers. 2002. Extreme right-wing voting in Western Europe. *European Journal of Political Research* 41:345–378.
- McLaren, Lauren M. 2003. Anti-immigrant prejudice in Europe: contact, threat perception, and preferences for the exclusion of migrants. *Social Forces* 81:909–936.
- Minkenberg, Michael, und Pascal Perrineau. 2007. The radical right in the European elections 2004. *International Political Science Review* 28:29–55.
- Mols, Frank, und Jolanda Jetten. 2016. Explaining the appeal of populist right-wing parties in times of economic prosperity. *Political Psychology* 37:275–292.
- Moran, Patrick. 1950. Notes on continuous stochastic phenomena. *Biometrika* 37:17–23.
- Mudde, Cas. 2007. *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oesch, Daniel. 2008. Explaining workers' support for right-wing populist parties in Western Europe: evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. *International Political Science Review* 29:349–373.
- Onraet, Emma, Alain van Hiel, und Ilse Cornelis. 2013. Threat and right-wing attitudes: a cross-national approach. *Political Psychology* 34:791–803.
- Pettigrew, Thomas F. 1998. Intergroup contact theory. *Annual Review of Psychology* 49:65–85.
- Pettigrew, Thomas F., Ulrich Wagner, und Oliver Christ. 2010. Population ratios and prejudice: modelling both contact and threat effects. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36:635–650.
- Pokorny, Sabine. 2012. *Regionale Kontexteinflüsse auf extremistisches Wählerverhalten in Deutschland*. Wiesbaden: VS.

- Poznyak, Dmitriy, Koen Abts, und Marc Swyngedouw. 2011. The dynamics of the extreme right support: a growth curve model of the populist vote in Flanders-Belgium in 1987–2007. *Electoral Studies* 30:672–688.
- Przeworski, Adam, und Henry Teune. 1970. *The logic of comparative social inquiry*. New York: Wiley.
- Putnam, Robert D. 2000. Bowling alone. *The collapse and revival of american community*. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D., Robert Leonardi, und Raffaella Nanetti. 1993. *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Reif, Karlheinz, und Hermann Schmitt. 1980. Nine second-order national elections—a conceptual framework for the analysis of European election results. *European Journal of Political Research* 8:3–44.
- Richter, Christoph, und Lukas Bösch. 2017. *Demokratieförne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. Jena: IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Rink, Nathalie, Karen Phalet, und Marc Swyngedouw. 2009. The effects of immigrant population size, unemployment, and individual characteristics on voting for the Vlaams Blok in Flanders 1991–1999. *European Sociological Review* 25:411–424.
- Rippl, Susanne, und Dirk Baier. 2005. Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57:644–666.
- Runciman, Walter G. 1966. *Relative deprivation and social justice. A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Rydgren, Jens, und Patrick Ruth. 2011. Voting for the radical right in Swedish municipalities: social marginality and ethnic competition? *Scandinavian Political Studies* 34:202–225.
- Rydgren, Jens, und Patrick Ruth. 2013. Contextual explanations of radical right-wing support in Sweden: socioeconomic marginalization, group threat, and the halo effect. *Ethnic and Racial Studies* 36:711–728.
- Scheuch, Erwin K., und Hans-Dieter Klingemann. 1967. Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12:11–29.
- Schlueter, Elmar, und Ulrich Wagner. 2008. Regional differences matter examining the dual influence of the regional size of the immigrant population on derogation of immigrants in Europe. *International Journal Of Comparative Sociology* 49:153–173.
- Schuermans, Nick, und Filip de Maesschalck. 2010. Fear of crime as a political weapon. Explaining the rise of extreme right politics in the Flemish countryside. *Social & Cultural Geography* 11:247–262.
- Schwartz, Shalom H. 2006. A theory of cultural value orientations. Explication and applications. *Comparative Sociology* 5:137–182.
- Selb, Peter. 2006. Räumliche Regressionsmodelle. In *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*, Hrsg. Joachim Behnke, et al., 297–308. Baden-Baden: Nomos.
- Spier, Tim. 2007. Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen. In *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, 1. Aufl., Hrsg. Uwe Backes, 75–103. Baden-Baden: Nomos.
- Spier, Tim. 2010. *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS.
- Spierings, Niels, und Andrej Zaslove. 2015. Gendering the vote for populist radical-right parties. *Patterns of Prejudice* 49:135–162.
- Steglich, Henrik. 2010. *Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Stöss, Richard. 2009. Die Bedeutung von Item-Nonresponse für die Messung von rechtsextremen Einstellungen. In *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, 1. Aufl., Hrsg. Hanna Kaspar, et al., 47–66. Wiesbaden: VS.
- Swyngedouw, Marc. 2001. The subjective cognitive and affective map of extreme right voters: using open-ended questions in exit polls. *Electoral Studies* 20:217–241.
- Teney, Celine. 2012. Space matters. The group threat hypothesis revisited with geographically weighted regression. The case of the NPD 2009 electoral success. *Zeitschrift für Soziologie* 41:207–226.
- Thomsen, Jens P. 2012. How does intergroup contact generate ethnic tolerance? The contact hypothesis in a Scandinavian context. *Scandinavian Political Studies* 35:159–178.
- Veugelers, John, und André Magnan. 2005. Conditions of far-right strength in contemporary Western Europe: an application of Kitschelt's theory. *European Journal of Political Research* 44:837–860.
- Veugelers, John, Gabriel Menard, und Pierre Permingeat. 2015. Colonial past, voluntary association and far-right voting in France. *Ethnic and Racial Studies* 38:775–791.
- van der Waal, Jeroen, Willem de Koster, und Peter Achterberg. 2013. Ethnic segregation and radical right-wing voting in Dutch cities. *Urban Affairs Review* 49:748–777.

- Wagner, Ulrich, Rolf van Dick, Thomas F. Pettigrew, und Oliver Christ. 2003. Ethnic prejudice in east and west Germany: the explanatory power of intergroup contact. *Group Processes & Intergroup Relations* 6:22–36.
- Wagner, Ulrich, Oliver Christ, Thomas F. Pettigrew, Jost Stellmacher, und Carina Wolf. 2006. Prejudice and minority proportion: contact instead of threat effects. *Social Psychology Quarterly* 69:380–390.
- Walker, Iain, und Thomas F. Pettigrew. 1984. Relative deprivation theory. An overview and conceptual critique. *British Journal of Social Psychology* 23:301–310.
- Williams, Robin M. 1947. *A survey of research on problems of ethnic, racial, and religious group relations*. New York: Social Science Research Council.
- Winkler, Jürgen R. 1996. Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke, und Jürgen R. Winkler, 25–48. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Winkler, Jürgen R. 2003. Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa. Befunde einer international vergleichenden Studie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26:33–38.